Nr. 22 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Donnerstag, den 27. Januar 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44, Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44 Fernruf 24 605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Die Falschspieler.

Deutschnationale Treubekenntnisse zur Republik, zu Schwarz-Rot-Gold und zur Verfassung. Für den Schutz der Verfassung, für Locarno, den Völkerbund und den Achtstundentag.

Die „Richtlinien" des Bürgerblocks.

Das Monstrum.

Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, wie sie vom Reichskanzler Marx ausgearbeitet und von den deutschnationalen Unterhändlern angenommen worden sind, haben folgenden Wortlaut:

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. **Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno. Loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.**

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung vom Weimar begründeten republikanischen Staatsform. **Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Artikel 3 der Reichsverfassung)** gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. **Vorgehen gegen alle Vereinigungen und Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen.** Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember als maßgebend anerkannt. 1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen. 2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten. 3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß **keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer II in die Reichswehr aufgenommen werden.**

4. Kulturfragen.

Es ist angeregt: Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes, grundsätzliche Gleichstellung der im Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten; **Sicherung des Religionsunterrichtes** (Art. 149).

5. Sozialpolitik.

Tatkräftige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — **die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln.** Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. **Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden.** Die im Art. 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Verbaßren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung.

Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen Wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt zu fördern.

*

Die Zentrumsfraktion des Reichstags erklärte sich mit den vorstehenden Richtlinien als Grundlage des künftigen Regierungsprogramms einmütig einverstanden. Vor der Abstimmung verließ Dr. Wirth den Saal. Die Zustimmung des Zentrums erfolgte, obwohl in den Richtlinien keineswegs das klare Bekenntnis zur Republik enthalten ist, wie es Dr. Wirth und auch der Zentrumsabgeordnete Joos öffentlich in den letzten Tagen wiederholt gefordert haben.

Die demokratische Fraktion befaßte sich ebenfalls in einer mehrstündigen Sitzung mit den Richtlinien und verbreiteten am Schluß ihrer Besprechungen folgenden Bericht:

„Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwochabend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte die Beratung jedoch noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstag vormittag. Der Fraktionsvorsitzende Koch wurde jedoch beauftragt, bereits am Donnerstagvormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die schulpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. **Ein konfessionelles Schulgesetz könnten die Demokraten nicht mitmachen.** Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten die **Sicherung einer exportfördernden Handelsvertragspolitik verlangen sowie eine energische Förderung der Siedlungspolitik durch das Reich.**"

Judas geht um.

Halle (Saale), 27. Januar.

Die Deutschnationalen sind also programmatisch für die Republik, für die republikanischen Farben, für Schutz der republikanischen Farben, für Locarno und für den Völkerbund, für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens (d. h. für den Achtstundentag), sie sind international in der Außenpolitik (Völkerbund) und international in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Anerkennung des Internationalen Arbeitsamtes und Eintreten für das Washingtoner Abkommen). Die Deutschnationalen sind also programmatisch das direkte Gegenteil von dem, was sie bisher in ihren Versammlungen, in ihren Zeitungen, in ihren Reden und Schriften zu sein vorgaben.

Was sind die Deutschnationalen also? Eine gerissene Gesellschaft, die Worte und Programme gebraucht, um die Oeffentlichkeit über ihre wahren Absichten hinwegzutäuschen. Welches sind ihre wahren Absichten? Die Wiederherstellung ihrer Wirtschafts- und Klassenprivilegien auf öffentlichen und geheimen Wegen, die Diskreditierung der Demokratie und des Parlamentarismus, die Stabilisierung des Großgrundbesitzes und seiner engeren und weiteren Kreise als beherrschenden Machtfaktors des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Es mag einige Haudegen unter ihnen geben, die die Falschspielerei nicht gern sehen und die dem Zentrumsvorschlag am liebsten ein Programm monarchistischer schwarzweißroter Couleur mit offenen Erklärungen gegen die Republik, Völkerbund und Sozialpolitik entgegengesetzt gesehen hätten. Aber das sind Einzelerscheinungen ideologischer Natur, die mit der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Führung als Außenseiter sehr wenig zu tun haben. Das Gros dieser Gesellschaft wird bewegt von dem Hunger nach Macht, und ist bereit zu jeder Grundsatzlosigkeit, wenn der materielle Lohn dafür winkt.

Diese Dinge sind auch dem Zentrum bekannt. Es gibt keinen Politiker im Reichstage, der das Gesicht der Deutschnationalen nicht kennt, der nicht wüßte, daß hinter den von ihnen angenommenen Richtlinien sich das Judasgesicht des Verrats verbirgt. Wenn die Zentrumspartei trotz alledem in ihrer Mehrheit bereit ist, auf eine Brücke zu treten, die ohne jede Sicherheit der Haltbarkeit über einen Sumpf führt, so begeht sie gegenüber dem republikanischen Staat eine ausgesprochene Verräterei. Das, was das Zentrum bei dieser Sachlage sich heute leistet, ist vergleichbar mit der Haltung eines Mannes, der zur Erreichung eines erhabenen Zieles sich mit einem Gauner verbindet, der in der einen Hand das Ideal jenes Mannes hält, und in der anderen Hand den Knüppel, um es zu erschlagen. Wir finden, daß die Deutschnationale Partei nicht allein durch ihre Programm-Gaunerei diskreditiert wird, sondern daß die Zentrumsfraktion, die dieses Gaunerkonventum sich zum Verbündeten wählt, keine Hoffnung haben darf, bei kommenden Auseinandersetzungen geschont zu werden.

Was sagt übrigens der dritte Koalitionsbruder, die industrielle Volkspartei, zu den sozialen Forderungen der verbündeten Deutschnationalen und Zentrumsleute? Sie wird gar nichts sagen. Während sie dem sozialdemokratischen Verlangen nach Achtstundentag und Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in den Betrieben stets den heftigsten Widerstand als Industrie- und Unternehmerpartei entgegensetzte, hat sie jetzt scheinbar keine Ursache, Widerstand zu leisten. Denn sie weiß, daß ein von den Deutschnationalen akzeptiertes soziales Programm aufgelegter Schwindel ist, vor dem sich kein **Industrieunternehmer zu fürchten brauch.**

Daran möge das schaffende deutsche Volk den Wert des vorliegenden Einigungsprogramms des kommenden Bestbürgerblocks erkennen.

„Heil dem Kaiser! Schutz der Republik!"

Was die Deutschnationalen in einem Atemzuge zu leisten imstande sind.

Berlin, 27. Januar. (Radiomeldung.)

Am Mittwochabend wurde von der Reichskanzlei aus amtlich mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Parteiführer über die Bildung eines Bestbürgerblocks durch die Zustimmung der Verhandlungspartner ihren „Abschluß" gefunden haben. Das war um 8 Uhr abends. Inzwischen tagte die deutschnationale Reichstagsfraktion, und als sie ihre stürmische Sitzung gegen 9 Uhr abends beendet hatte, ließ sie in einem parteioffiziellen Kommuniqué erklären, daß die mit ihren Führern **vereinbarten Richtlinien nur als Grundlage eines Regierungsprogramms (!) zu gelten haben und bisher von den Parteiführern nicht endgültig** anerkannt worden sind. **Dieser Widerspruch zwischen der amtlichen Mitteilung aus der Reichskanzlei und der deutschnationalen Verlautbarung ist auf die frühzeitige Veröffentlichung der Richtlinien zurückzuführen. Er zeigt, daß am Anfang des Bürgerblocks eine große Lücke steht, als deren Urheber die deutschnationale Reichstagsfraktion zu betrachten ist.**

Die frühzeitige Veröffentlichung der Richtlinien hat ihre Wirkung in der Tat nicht verfehlt. **Ein Teil der deutschnationalen Presse schämt sich ihrer, ja der „Lokalanzeiger" wagt nicht einmal, den Verzicht der bisherigen deutschnationalen Grundsätze gegen mehrere Ministerposten überhaupt zur Kenntnis seiner Leser zu bringen.** Dieses Hugenbergsche Organ schweigt sich vollkommen aus, als ob Richtlinien mit einer Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung und ihrer Symbole durch die Deutschnationalen nicht bestünden, während die übrige Rechtspresse zwar von den Richtlinien spricht, aber sich ebenfalls hütet, zu ihnen sachlich Stellung zu nehmen oder sie auch nur in ihrem Inhalte wiederzugeben. Eine Ausnahme bildet die „Deutsche Zeitung", die infolge der Veröffentlichungen von einer „Verwirrung der Lage" spricht und erklärt, daß der Zweck der Veröffentlichungen erreicht sei, indem nunmehr wahrscheinlich **„eine Einigung auf der Grundlage der Richtlinien verhindert wird".** (?) Angeblich sollen die Deutschnationalen jetzt nicht mehr bereit sein, „die Verhandlungen in der bisherigen Art weiterzuführen", und dem geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx soll nach der gleichen Quelle noch im Laufe des heutigen Tages von den deutschnationalen Unterhändlern erklärt werden, „daß man für die neue Regierung neue Grundlagen wird suchen müssen, wenn sie zustande kommen soll". Von alledem meldet die weniger extreme Rechtspresse nichts. Sie stellt die Dinge im Gegenteil so hin, als ob heute lediglich noch die personellen Fragen über die Zusammensetzung des Kabinetts erledigt werden sollen und erweckt den Eindruck, daß trotz der ihr gegenüber begangenen „Illoyalität" der Bestbürgerblock immittelbar in Erscheinung treten wird.

Es wird sich im Laufe des heutigen Tages erweisen, wer von der Rechtspresse die Wahrheit sagt und wer richtig informiert war. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die frühzeitige Veröffentlichung in der deutschnationalen Reichstagsfraktion wie eine Bombe eingeschlagen hat und insbesondere **der rechte Flügel sich gegen ihre restlose Annahme bis aufs Aeußerste mit Händen und Füßen wehrte.** Es dürfte der Meinung dieses Flügels entsprechen, wenn die „Deutsche Zeitung" heute zum Ausdruck bringt, daß die Richtlinien in der vorliegenden Form und in ihrem Wortlaut eine Unmöglichkeit darstellen", aber **andererseits gibt es innerhalb der deutschnationalen Fraktion auch wieder Kräfte, die zu viel weitergehenden Zugeständnissen, als in den Richtlinien zum Ausdruck kommt, bereit gewesen wären und entschlossen sind, für ein paar Ministerien mindestens auf dem Papier jeden Grundsatz zu opfern.** Es gilt für sie, von „Amts wegen" die ständig zurückgehende Rechtsbewegung zu fördern und, soweit das möglich ist, vor allen Dingen finanzell zu kräftigen.

Vor allem dürfte der heutige Kommentar in der „Germania" zu den Richtlinien die unbedingt zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen den verbandelnden Parteien im ungünstigen Sinne beeinflussen. Das Blatt erklärt ganz eindeutig, daß es sich nicht, wie die Deutschnationalen behaupten, bei den Richtlinien um die „Grundlage" einzelner Punkte des Regierungsprogramms handeln kann, sondern daß es sich in der Tat **um die Richtlinien der Regierungserklärung handelt und um nichts anderes.** In seinen weiteren Ausführungen reitet das Blatt dann eine Attacke gegen die Deutschnationalen und spricht von „einem Wendepunkt in der Geschichte dieser Partei". **Die Deutschnationale Partei vollziehe mit der Anerkennung der Leitsätze eine völlige Schwenkung in ihrer Politik. Am Tage vor Kaisers Geburtstag (!) habe sie ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Republik abgelegt und den Schutz der republikanischen Verfassung und ihrer schwarzrotgoldenen Fahne**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0001

garantiert. Gründlicher habe wohl noch keine Partei umgelernt, wie in diesen Tagen die Deutschnationale Partei. Aus den Bekämpfern der Weimarer Verfassung und den Verächtern der schwarzrotgoldenen Fahne seien über Nacht Verteidiger der gleichen Verfassung geworden. Gewiß, erklärt das führende Zentrumsblatt u. a., handelt es sich vorläufig nur um feierliche Erklärungen, aber dennoch stehe die Deutschnationale Partei im Begriff, von ihrer bisherigen Politik Abschied zu nehmen.

In ähnlichem Sinne spricht das „Berliner Tageblatt" von einem „kretinischen Joch" und schreibt: „Welch ein Gegensatz zwischen den Erklärungen, die Graf Westarp mit seinen Freunden unterschrieben hat, und den Kundgebungen, die Graf Westarp und seine Freunde bisher Tag für Tag erlassen haben und die am heutigen Tage auch nach Doorn gelangen werden. Vor acht Tagen erst forderte Graf Westarp in einer großen Versammlung die Wiederkehr der Monarchie. Jetzt soll er die Republik anerkennen, soll gleichzeitig die Verpflichtung eingehen, eine Verfassungsänderung nur dann zu beantragen, wenn ihm das Zentrum zusammen mit den übrigen Regierungsparteien die Erlaubnis dazu gibt."

Alle diese Auslassungen werden auf den Gang der heutigen Verhandlungen sicherlich einwirken. Auch wir verkennen andererseits nicht den Unterschied zwischen deutschnationalen Erklärungen von ehemals und ihrer Zustimmung zu den jetzigen Richtlinien. Aber dieser Unterschied besteht vorläufig nur auf dem Papier und daß er nicht Wirklichkeit ist, zeigt auch die heutige Rechtspresse aus Anlaß des Geburtstages von dem Flüchtling in Doorn. Gewiß sind der „Lokalanzeiger" und die „Deutsche Tageszeitung" feige genug, trotz gegenteiliger Ueberzeugung ihrem ehemaligen Brotherrn öffentlich einen Glückwunsch zu sprechen, aber die „Kreuzzeitung" des Grafen Westarp feiert den „Obersten Kriegsherrn", der während der schwersten Stunde sein Vaterland schmählich im Stiche gelassen hat, während Soldaten, die zu gleicher Zeit desertierten, noch hingerichtet wurden, auch diesmal wieder in aller Ausführlichkeit. Das Blatt, an dessem Kopf die Worte verzeichnet sind: „Mit Gott für König und Vaterland", bittet sich dagegen im gleichen Augenblick, ein offenes Bekenntnis zur Monarchie ablegen. Das könnte zur Not die so stark ersehnten Ministersitze kosten. Im Gegensatz hierzu nimmt die ebenfalls deutschnationale „Deutsche Zeitung" auf den Drang ihrer Partei nach der Futterkrippe keine Rücksicht. Sie ruft aus: „Heil dem Kaiser!" und sagt dann: „Kaiserdienst ist Dienst am Vaterlande. Getreu diesem Dienste gilt es, mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß das Kaisertum wiederkehre." (!)

Dieser Ausdruck der wirklichen Ueberzeugung mutet immer noch würdiger an, als die ekelhafte Manier der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die wegen ein paar Ministersitzen äußerlich alles abschwört, was ihr bisher angeblich heilig war und in Wirklichkeit doch aus ihrer schmutzigen Haut nicht herauskann.

*

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen tagte am Mittwoch bis in die späten Abendstunden. Es handelt sich bei ihnen, wie sich immer mehr herausstellt, mehr um ihre personelle Vertretung im Kabinett als um die grundsätzliche Seite des Regierungsprogramms. Auch diese Einstellung zeigt, was in Wirklichkeit von der deutschnationalen Unterschrift unter die Richtlinien von Marx zu halten ist. Je stärker sie an der „Futterkrippe" beteiligt sind, desto größer ihre Grundsatzlosigkeit. Vorläufig beanspruchen sie für ihren Verzicht an ihrem eigenen Programm — wie es in der völkischen Presse heißt — fünf Ministerportefeuilles.

Als Termin zur Abgabe der Regierungserklärung des Besitzbürgerblocks ist der kommende Donnerstag in Aussicht genommen.

Die Doppelzüngigen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion gab am Mittwoch nach Beendigung ihrer mehrstündigen Verhandlungen folgende Erklärung heraus, aus der sich wiederum die ganze Zweideutigkeit dieser Partei ergibt:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist in die Beratung des Entwurfs von Formulierungen eingetreten, die eine Grundlage für einzelne Punkte der künftigen Regierungserklärung bilden sollen und als solche Grundlage naturgemäß der näheren Erläuterung und Vervollständigung bedürfen. Eine Beschlußfassung wird erst erfolgen, wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zum endgültigen Abschluß gefördert sind, ebenso wie eine Zustimmung der Parteiführer zu den Richtlinien noch nicht erfolgt ist."

Verlorene Müh'.

Berlin, 27. Januar. (Radiomeldung.)

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß im Verlauf der gestrigen Fraktionssitzung des Zentrums im Reichstage die Abgeordneten Joos, Wirth und der rheinische Abgeordnete Schlack versucht haben, die mit den Deutschnationalen vereinbarten Richtlinien in wesentlichen Punkten noch zu verschärfen bzw. klarer und eindeutiger zu gestalten. Die Fraktion ging jedoch über den Willen dieser Republikaner hinweg und stimmte den inzwischen veröffentlichten Formulierungen zu.

Beseitigte Schönheitsfehler.

Korrekturen, die hinter den Kulissen vorgenommen werden.

Berlin, 27. Januar. (Radiomeldung.)

Die Richtlinien über deutschnationale Grundsätzlichkeit als Regierungsprogramm des Bürgerblocks sind zum Entsetzen ihrer Urheber und zum Vergnügen aller Republikaner frühzeitig veröffentlicht worden. An Hand ihres Wortlauts vermag sich das deutsche Volk eine Vorstellung darüber zu machen, daß wir bei dem „Kuhhandel" der bisher „vaterländischen Opposition" herausgekommen ist. Ein ganz klares Bild über dieses Ergebnis ermöglicht natürlich nur ein Vergleich zwischen den tatsächlichen Richtlinien und ihrem Urtext. Warum sollen wir ihn nicht auch veröffentlichen? Er befindet sich in unserem Besitz und wir möchten das ausdrücklich feststellen, um von vornherein allen Dementis die Spitze abzubiegen.

Also vernehmen wir, wie man im bürgerlichen Lager über Grundsätze denkt, in dem man über ihre Formulierung verhandelt. Zunächst heißt es in dem Urtext: „Uneingeschränkte Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Vertragswerke von Locarno." Das „Uneingeschränkt" ist fortgefallen, wie überhaupt der ganze Passus über die Außenpolitik eine Umgestaltung erfuhr. In Bezug auf die Formulierungen über die Verfassung war anfänglich deren Schutz „gegen alle Verunglimpfungen" festgelegt. Auch diese bestimmte Feststellung ist jetzt in den tatsächlichen Richtlinien insofern verallgemeinert, als nur ein Schutz „gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen" in Frage kommen soll. Was herabsetzend" ist, bestimmt gegebenenfalls schließlich der aus dem monarchistischen Lager desertierte künftige deutschnationale Innenminister.

Wesentliche Aenderungen hat der Urtext über die Reichswehr erfahren. Abgesehen von bestimmter einschränkenden Formulierungen sind im Vergleich zu dem Entwurf in den von den Deutschnationalen anerkannten Richtlinien ganze Sätze fortgefallen. In der Ausarbeitung des Herrn Marx hieß es zum Beispiel: „Was die Rekrutierungsverordnung anbelangt und in gewissem Sinne auch den Auffassungen der Sozialdemokratie entspricht: „Die unteren Verwaltungsbehörden sollen in möglichst weitem Umfange zwecks Auskunfterteilung in Anspruch genommen werden." Von dieser Feststellung ist in den tatsächlichen Abmachungen ebensowenig zu finden, wie von dem Hinweis strenger Bestrafung, soweit Reichswehrangehörige zu irgendwelchen Wehrverbänden Beziehungen unterhalten. Der in den Vereinbarungen mit den Deutschnationalen im Vergleich zu dem Urtext gestrichene Satz lautet: „Zuwiderhandlungen werden im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng geahndet." Man traut sich also nicht einmal eine strenge Ahndung auszusprechen. Wer zweifelt unter diesen Umständen überhaupt noch daran, daß die ganzen Bestimmungen nicht ernst gemeint sind?

Auch die andern Bestimmungen des Entwurfs sind für die zur Veröffentlichung bestimmten Richtlinien gestrichen worden. Statt dessen hat man sich auf ein Geheimprotokoll geeinigt, in dem es zunächst heißt, daß die Anerkennung der Locarnoverträge nicht nur völkerrechtlich, sondern auch verfassungsrechtlich zu verstehen ist. In dem zweiten Punkt dieses Geheimprotokolls, der ebenfalls anfänglich vor aller Oeffentlichkeit festgelegt werden sollte, heißt es, daß der Schutz der Verfassung sich auf den ganzen Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bezieht. Im dritten Punkt wird die Vereinbarung festgelegt, daß Anträge, die sich auf eine Abänderung der Verfassung beziehen, nur im gegenseitigen Einvernehmen der Regierungsparteien gestellt werden dürfen

Programm und Praxis.

Warum die Deutschnationalen in die Regierung wollen.

Der Reichslandbund hat in den letzten Wochen und Tagen den Eintritt deutschnationaler Minister in die Reichsregierung in geradezu auffallender Form immer und immer wieder befürwortet. Es wird deshalb nicht übertrieben, daß die Deutschnationalen in erster Linie das sogenannte Ernährungsministerium, das allerdings in den letzten Jahren ein Ministerium gegen die Ernährung geworden ist, für sich zu fordern. Das Ernährungsministerium hat seit den Tagen der Aera Neubaus stärksten Einfluß auf das Reichswirtschaftsministerium ausgeübt und die amtliche Wirtschaftspolitik äußerst stark beeinflußt. Das beste Beispiel dafür ist die Behandlung der Zollpolitik und der Handelsverträge in den letzten beiden Jahren.

Auch heute erwartet der Reichslandbund von einer Beteiligung der Deutschnationalen und von der Annexion des Ernährungsministeriums eine Zollbegünstigung in weitestem Ausmaß für die Agrarier, die in erster Linie zu Lasten unserer Handelsvertragsverhandlungen gehen wird. Daneben ersehnt man direkte Vorteile und zwar höchst metallner Art. Es ist kein Geheimnis, und die Nachrichten von Zusammenbrüchen von Landbundgründungen in allen Bezirken der Republik bestätigen es, daß der Reichslandbund vor dem Bankrott steht. Man nimmt an, daß er unvermeidlich ist, wenn dem Reichslandbund nicht von irgendwo durchgreifende Hilfe kommt. Eben diese Hilfe erwartet man von der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung und der Besitzergreifung des Ernährungsministeriums.

Es würde sich also hier um die Bewilligung von Reichsmitteln für eine Geschäftsgebarung im Reichslandbund handeln. Sie nennen eben nur mit Lotterwirtschaft bezeichnen kann, um Subventionen, übler als die Industriesubventionen in den letzten Jahren. Nun hat sich der Haushaltsausschuß des Reichstags bereits gegen die Subventionen ausgesprochen und für die finanzielle Hilfe des Reiches gegenüber privaten Institutionen Richtlinien festgelegt, die sehr wahrscheinlich auch vom Reichstag angenommen werden dürfen. Das wird aber die Hilfeleistung des Ernährungsministeriums für den Landbund nicht hindern. Gerade das Ernährungsministerium verfügt über sogenannte Geheimfonds, für die es keine Rechenschaft zu geben braucht. Die Kalkulation des Reichslandbundes ist also richtig und der Reichstagsabgeordnete und Landbundführer Hepp wußte schon, was er tat, als er neulich auf einer Landbundtagung die Parole ausgab: Hinein in die Regierung! Die Ehrenmänner bezwecken eben die Finanzierung ihrer wirtschaftlich durchaus falsch geleiteten Organisation, die sich also in Zukunft das Kunststückchen leisten wird, mit öffentlichen Mitteln ihre bekannte Hetze gegen den Staat zu finanzieren. Es heißt für die Sozialdemokratie jedenfalls: Aufgepaßt!

Die Landbund-Polterer.

Gegen Paßisten und Bauern, für Fleischzölle und „vaterländische Belange".

Breslau, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Schlesische Landbund hielt am Mittwoch in Breslau seine diesjährige Hauptversammlung ab. Sämtliche in Schlesien ansässigen ehemaligen Landesfürsten hatten herzliche Begrüßungstelegramme geschickt, darunter der frühere Kronprinz, der aus Doorn seine Abwesenheit entschuldigte, ferner der frühere König von Sachsen, die frühere Großherzogin von Sachsen-Weimar usw. Auch die Reichswehr war bei der Tagung offiziell vertreten.

Außer einem Referat von Dr. Schiele (Naumburg), das prinzipielles Interesse des Landbundes für Bauernpolitik beweisen wollte, hielt der Vorsitzende, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Richthofen-Boguslawitz die Hauptrede der Tagung. Er nahm für den Landbund das Recht in Anspruch, sich nicht nur mit Wirtschaftsfragen, sondern auch mit allgemeinen „vaterländischen Belangen" zu beschäftigen. Das geschah in der Form wüster Angriffe auf die „Paßisten", wie Scheidemann, zu denen mit besonderer persönlicher Schärfe der auch in Militärkreisen so gemäßigte Demokrat Dr. Haas gerechnet wurde, weil er angeblich Schlesien des notwendigen militärischen Schutzes gegen Polen entblößen will. Solchen Leuten leistet der Schlesische Bauernbund Zutreiberdienste, erklärte Richthofen-Boguslawitz, und kam damit auf den eigentlichen Anstoß seines Grolls, den Erfolg der Bauernbewegung in Schlesien bei den diesjährigen Landwirtschaftskammerwahlen. Für Niederschlesien sei es ein tiefbetrübendes Ergebnis, daß der Schlesische Bauernbund von 44 Sitzen in der Kammer 11 erobert habe. Der Landbundführer verglich in seinem Zorn die Bauernbünde mit Irrenanstalten, in denen der unvernünftige Teil der Menschen von den vernünftigen abgesondert wird und nannte die Landwirtschaftskammervertreter des Bauernbundes „schwarzrotgoldene Ochsen". Er beklagte die demokratische Erweiterung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern in Preußen und forderte seine Anhänger auf, das nächste Mal unbedingt den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen. Den noch größeren Erfolg des von Zentrumsleuten geführten Oberschlesischen Bauernvereins, der in der benachbarten Landwirtschaftskammer der Provinz Oberschlesien die absolute Mehrheit aller Sitze eroberte, berührte Freiherr von Richthofen aus naheliegenden, parteitaktischen Gründen etwas vorsichtiger, doch wandte er sich auch gegen diese, vom Zentrum geforderte und beherrschte Landwirtschaftskammer als überflüssige und kostspielige Einrichtung.

In einer der angenommenen Entschließungen wird u. a. jedes Entgegenkommen hinsichtlich der Fleischzölle und der Gewährung eines auch nur beschränkten Fleischkontingents im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen schärfstens bekämpft. In einer längeren und heftigen Entschließung wird dann noch der Entwurf des neuen sozialdemokratischen Agrarprogramms aufs schärfste angegriffen. (!)

Attentatspläne gegen Tschitscherin?

Berlin, 27. Januar. (Privattelegramm.)

Zu den vor einigen Tagen gemeldeten Gerüchten über Attentatspläne gegen Tschitscherin weiß die „Vossische Zeitung" folgendes zu melden: Der russische Volkskommissar Tschitscherin, der sich seit einiger Zeit in Frankfurt a. M. in ärztlicher Behandlung befindet, erhielt vor einigen Tagen Nachricht, daß ein Attentat gegen ihn beabsichtigt sei. Als angebliche Attentäter wurden ihm zwei russische Offiziere genannt, von denen der eine Mansarow, der andere Tamburieff heißen sollte. Tamburieff sollte seinen Aufenthalt in Baden-Baden genommen haben. Die Frankfurter Kriminalpolizei gewährte dem russischen Minister sofort ausreichenden Schutz. Der Berliner Polizei ist es am Dienstag gelungen, Mansarow festzunehmen, der sich seit längerer Zeit ungemeldet in Berlin aufgehalten hat und in Spieler- und Hochstaplerkreisen eine Rolle gespielt hatte. Er ist bereits vor längerer Zeit aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Bei seiner Vernehmung bestritt Mansarow jede Attentatsabsicht.

Tagung der mitteldeutschen Volksbühnen.

Die Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt im Verbande der deutschen Volksbühnenvereine e. V. (nicht zu verwechseln mit den Dilettantenvereinen, die sich den Namen „Volksbühne" irreführenderweise beilegen) hielt vergangenen Sonntag im großen Saale des Hotels „Rotes Roß" (Halle) eine außerordentlich stark beschickte Bezirkskonferenz ab. 65 Delegierte aus Aschersleben, Bitterfeld, Eilenburg, Eisleben, Falkenberg, Genthin, Gräfenhainichen, Halle, Langensalza, Magdeburg, Mühlhausen, Nordhausen, Quedlinburg, Querfurt, Sangerhausen, Stassfurt, Torgau, Weißenfels, Zeitz und Zerbst waren erschienen. Nach der Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden, Regierungsvizepräsidenten Freyseng (Magdeburg) nahm als Vertreter des Verbandes Dr. Nestriepke das Wort, um auf die Bedeutung auch der kleinen und kleinsten Volksbühnen für das moderne Kulturtheater hinzuweisen. Aus dem Geschäftsbericht des Bezirkssekretärs W. Schumann ging hervor, daß die Wirtschaftsnot des verflossenen Jahres die Ausbreitung der Volksbühnenidee nicht zum Stillstand zu bringen vermochte. Neue Organisationen in Aschersleben, Falkenberg, Köthen, Gräfenhainichen und Torgau vermehrten die Zahl der schon bestehenden Vereine auf 36, in denen rund 26 000 Theaterfreunde zu einer lebendigen, fortschrittlichen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind. Das Wanderensemble des Verbandes, das Mitteldeutsche Landestheater, vervollkommnete sich in jeder Hinsicht. Die Behörden erkannten in wachsendem Maße den Wert der Volksbühnenarbeit, gaben einmalige oder laufende Subventionen, garantierten vielfach die Vorstellungen der Vereine. An Stelle des erkrankten Universitätsprofessors Menzer hielt, erst im letzten Augenblick benachrichtigt, Universitätsprof. Dr. Liepe einen ausgezeichneten, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die geistige Vertiefung des Volksbühnengedankens". Der Direktor des Mitteldeutschen Landestheaters H. Lange machte interessante Ausführungen über das moderne Bühnenbild. Eine regsame fruchtbare Aussprache schloß sich an. Zu den Mitgliedern des Bezirksvorstandes (Sitz Magdeburg) wurden Halle und Aschersleben hinzugewählt. Nach der Konferenz fand für die Delegierten und einige Schulklassen in der Aula der Martinschule die Vorführung des vom Verbande neuerworbenen Handpuppentheaters statt.

„Kinderlieder" ist der Titel einer Sammlung, die der Deutsche Arbeiter-Sängerbund herausgibt. Das soeben erschienene erste Heft enthält Texte und Noten von 28 zwei- und mehrstimmigen Liedern und Kanons für kleine und große Kinder, in einer ausgezeichneten Auswahl von Alfred Guttmann und Karl Lütge, mit wunderschönen Zeichnungen von Hans Meid und in klarer, zierlicher Schrift von Gustav Beckmann. Das hochkünstlerisch hervorragend ausgestattete Heft ist in Inhalt und Form eine Musterleistung unserer Volksmusikkultur und wird sicherlich bei Kindern lebhafteste Freude erregen. Die Sammlung ist im Buch- oder Musikalienhandel nicht erhältlich und wird nur an Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes abgegeben.

Engagementsgastspiel im Stadttheater.

Wie uns mitgeteilt wurde, hat das vorwöchentliche Gastspiel des Görlitzer Bassisten zu keinem Abschluß geführt. Der Kandidat dom tiefen „Doch" schien nicht über alle Zweifel erhaben, und unsere Intendanz sind einen weiteren Bassisten zum Gastspiel ein.

Der neue Baß-Kandidat, Zdenko Dorner aus Bremerhaven, hat einen Baß, der in der Mittellage und Höhe viel Glanz und Tonschönheit ausstrahlt, die Tiefe aber läßt zu wünschen übrig, beim tiefen F fehlte im Ton jede Konsistenz.

Als seriösen Baß können wir den Gast kaum empfehlen.

S. S.

Gastspiel der Berliner Reinhardt-Bühnen Berlin-Wien. Am Sonntag, dem 30. Januar, findet im Stadttheater ein Gastspiel der Reinhardt-Bühnen mit dem „Gefangenen" von Edouard Bourdet in der Inszenierung von Max Reinhardt und mit den Hauptdarstellern der Berliner und Wiener Erstaufführung statt. Die Titelrolle wird von Helene Thimig dargestellt. Den Jacques Birieu spielt Fritz Deutsch. In den übrigen tragenden Rollen sind Nora Gregor, Fritz Delius, Anna Kath. Salten, H. W. Schröder-Schrom und Else Basa beschäftigt.

Volksbühne. Als nächster Kulturfilm folgt am Montag, dem 31. Januar, 8¾ Uhr in Thalia „Die Schweiz, das Paradies Europas". Karten für Mitglieder zu 60 Pf. in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Telephon 23 479.

Um den Kopf der Nefretete.

Ein deutsch-ägyptischer Zwischenfall.

Die ägyptische Regierung hat, wie dieser Tage gemeldet wurde, dem deutschen Aegyptologen Prof. Dr. Ludwig Borchardt die Erlaubnis zu neuen Ausgrabungen in Tel-el-Armarna verweigert. Die ägyptische Regierung beschuldigt Prof. Borchardt, die Büste der Königin Nefretete, die heute mit zu den schönsten erhaltenen ägyptischen Kunstwerken zählt, vor dem Kriege unberechtigterweise mit nach Deutschland genommen zu haben. Diese Darstellung ist jedoch unzutreffend, da die Büste seinerzeit auf Grund des ägyptischen Antikengesetzes der deutschen Orientgesellschaft zugesprochen war, die sie den Berliner Museumsbeständen einverleibte. Die neue Stellungnahme der ägyptischen Regierung ist offenbar auf den Einfluß englischer Aegyptologen zurückzuführen, die auch aus diesem Gebiete die deutsche Konkurrenz fürchten. Unser Bild zeigt die wundervolle Büste der Königin Nefretete, sowie das Porträt des deutschen Aegyptologen Prof. Dr. Ludwig Borchardt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen.

Berlin, 27. Januar. (Soz. Presse-Dienst.)

Am Mittwoch wurde im Reichstag die dritte Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgenommen. Die Sozialdemokratie ließ durch die Abgeordnete Frau Schröder (Schleswig-Holstein) noch einige Abänderungsanträge begründen, die das Gesetz etwas bessern sollen. Einer der Anträge verlangte, daß die Reichsregierung in den Ausführungsbestimmungen eine Liste derjenigen Krankheiten und Leiden der Geschlechtsorgane aufstellen solle, die unter dieses Gesetz fallen. Der Antrag sollte den Zweck haben, genau zu umgrenzen, welche Leiden auch von Naturheilkundigen behandelt werden dürfen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein anderer sozialdemokratischer Antrag angenommen, der verlangt, daß durch Ausführungsbestimmungen dafür Sorge zu tragen ist, daß **die Behandlung der Minderbemittelten, die keinen Anspruch auf anderweitige ärztliche Behandlung haben oder denen die Behandlung auf Grund einer Versicherung wirtschaftliche Nachteile bringen könnte, aus öffentlichen Mitteln sichergestellt wird.**

Vor der Schlußabstimmung ließ die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Moses eine Erklärung abgeben, aus der hervorging, daß eine Minderheit der Fraktion trotz schwerer Bedenken dem Gesetz zustimme, eine Mehrheit dagegen es ablehnen werde. Das Gesetz wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten, eines erheblichen Teils der Sozialdemokraten und vereinzelter bürgerlicher Abgeordneter angenommen.

Dann gelang es dem Bürgerblock, endlich die zweite Beratung der vom Zentrum und den beiden Rechtsparteien eingebrachten Anträge zur Abänderung des Grundschulgesetzes zu erreichen. Die Sozialdemokratie ließ die Anträge durch einen ihrer besten Schulfachmänner, den Abg. Dr. Löwenstein, bekämpfen. Es handelt sich bei den Absichten des Bürgerblocks darum, die in der Reichsverfassung vorgesehene Auflösung privater Vorschulen und Vorschulklassen, also ausgesprochener Standesschulen, möglichst hinauszuschieben und vielleicht dadurch unmöglich zu machen. Abg. Löwenstein führte den Nachweis, daß es sich nicht, wie die Parteien des Bürgerblocks vorgeben, um eine Rücksichtnahme auf die Lehrkräfte der privaten Vorschulen handle. Solche Rücksichten seien in anderen Fällen nicht gemacht worden. **Man wolle nichts anderes als entgegen dem Geiste der Verfassung für dauernd die Möglichkeit schaffen, daß Kinder der besitzenden Klassen nicht in die allgemeine Grundschule zu gehen brauchen, sondern in privaten Vorschulen in den alten Vorrechten und Vorrechten erzogen werden sollen.**

Nach der Rede Löwensteins wurden die Beratungen auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Wehrverbände und Reichswehr.

Die Waffenvorräte des „Stahlhelm" und der übrigen Rechtsorganisationen.

Berlin, 27. Januar. (Radiomeldung.)

In der heutigen Ausgabe des „Jungdeutschen" veröffentlicht der Adjutant des Hochmeisters Mahraun zum Teil in Faksimile Protokolle über die angebliche Zusammenarbeit der Wehrverbände und der Reichswehr. Es handelt sich um angeblich gefälschte Schriftstücke, die auf „Freunde einer deutsch-bolschewistischen Verbrüderung zurückzuführen sind", und, wie weiter verlautbart, schon in den nächsten Tagen zu umfangreichen polizeilichen Maßnahmen führen sollen.

In den Schriftstücken heißt es, daß **zwischen den Rechtsverbänden und der Reichswehr Verhandlungen zur Vorbereitung einer Mobilmachung geführt worden sind, und zwar insbesondere mit dem Zweck** einer Registrierung aller Angehörigen der Rechtsorganisationen und einer Feststellung über die im Besitz des Stahlhelms, des Jungdeutschen Ordens, des Bundes Oberland und des Frontbanns befindlichen Waffen. An Hand der Photographien der „Protokolle" soll der **Stahlhelm einen Vorrat von 38 000 Gewehren, 5000 Karabinern und mehreren Geschützen angegeben haben.** Der Münchener Vertreter des Frontbanns und Oberland hat angeblich mitgeteilt, daß der **Frontbann 6200 Gewehre besitzt, die innerhalb zehn Minuten verwendungsbereit sein können. Der Bund Oberland soll insgesamt 2600 Gewehre und Karabiner sowie Geschütze angegeben haben,** während es von Mahraun heißt, daß der Waffenvorrat seiner Vereinigung nur ganz geringfügig sei.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt hierzu, daß die Dokumente an sich nichts neues sind, aber offenbar von einer Person stammen, die mit den Verhältnissen bei der Reichswehr recht vertraut ist und diese Wissenschaft für ihre Privatinteressen benutzt hat. Tatsächlich ist auch schon ein Verfahren wegen Urkundenfälschung, das die Photographien dieser Protokolle zur Grundlage hat, eingeleitet worden. Von ihm ist einer der Unterzeichner der Protokolle betroffen, der schon seit längerer Zeit in Untersuchungshaft sitzt.

Einigung in der Entwaffnungsfrage?

Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Ueber die beiden noch strittigen Entwaffnungsfragen ist zwischen dem Interalliierten Militärkomitee und der deutschen Delegation eine prinzipielle Einigung erreicht worden. Man kann infolgedessen mit dem Zusammentritt der Botschafterkonferenz für Sonnabend oder Montag zur endgültigen Liquidierung der Frage rechnen. Bezüglich der deutschen Ostfestungen ist ebenfalls in allen bedeutenderen Punkten eine Einigung erzielt. Es steht nur noch die Regelung einiger kleinerer Fragen von untergeordneter Bedeutung aus. Man ist aber angeblich zu einem Kompromiß auf der Grundlage gelangt, daß der deutsche Standpunkt hinsichtlich des Ausbaues der Befestigungen von Königsberg anerkannt wird, wogegen Deutschland sich zur Schleifung der Befestigungen von Glogau und Küstrin bereit erklärt.

Unstet und flüchtig.

Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der italienische Polizeispitzel Garibaldi, der bis Donnerstag, spätestens Freitag das französische Terrain zu verlassen hat, bemüht sich seit seiner am Sonnabend erfolgten Verurteilung, ein Land zu finden, das ihn aufnimmt. Die Schweiz ebenso wie die Vereinigten Staaten haben ihm die Einreise verweigert. Am Mittwoch sollte er nach England abreisen, aber in letzter Stunde erfuhren die am Bahnhof ihn erwartenden Journalisten, daß auch die englische Regierung ihm das Einreisevisum verweigert hat.

Im Zusammenhang mit dem neuesten Lockspitzel-Skandal in Nizza ist der Herausgeber der dort erscheinenden faszistischen Zeitung Torre am Mittwoch ebenfalls aus Frankreich ausgewiesen worden.

Paris, 27. Januar. (Radiomeldung.)

Der italienische Polizeispitzel Garibaldi hat gestern in den Abendstunden das Durchreisevisum der englischen Regierung noch erhalten. Wie wir erfahren, will er sich nach Kuba begeben. Er hat mit dem Nachtzug Paris verlassen und ist nach Folkestone gefahren. Dort angekommen, wollte er seine Reise nach einer anderen englischen Hafenstadt fortsetzen, wurde aber von der englischen Behörde ersucht, in Folkestone zu bleiben, wo er im Hotel unter polizeilicher Bewachung die Nacht verbrachte, und von Folkestone aus sich nach Kuba einschiffen soll.

Berliner Kostümfest.

Von Fritz Schwahn.

Immer härter wird der Kampf, den die deutsche Arbeiterklasse um die Sicherung ihrer Existenz zu führen gezwungen ist. Das Heer der Erwerbslosen wächst von Woche zu Woche, die Preise steigen, die Not wird größer. Täglich melden die Zeitungen Selbstmorde, geboren aus der Unmöglichkeit, nur notdürftig das Dasein fristen zu können. **Trotzdem tragen die Armen ihr Schicksal geduldig.** — Andere aber prassen, nicht heimlich, im Verborgenen, sondern offen vor aller Welt. Die Zeitungen berichten davon in ihren Spalten. Fand da kürzlich im Berliner Zoo ein Kostümfest statt. 4000 Besucher hatte es aufzuweisen. Verzehrt wurden 1253 Flaschen Sekt, 600 Flaschen verschiedener Weine, 6000 Gläser Schnaps und fünf Fässer Bier. 20 000 Mark — ja, zwanzigtausend Mark, wurden für die Beschaffung von Stoffen, Papier und Farbe zur Ausschmückung der Räumlichkeiten benötigt. (Wie vielen Arbeitslosen hätten davon Winterkohlen und Winterkleidung verschafft werden können!) Zehn Stunden, einen Arbeitstag lang dauerte der Ball, zwölf Kapellen spielten auf zu 545 Tänzen. Das soll noch keine Leistung sein? — Und der Berichterstatter des Festes? Findet er ein Wort des Abscheus, des Ekels vor diesem Treiben? Ihr werdet es vergeblich suchen.

„Die sozialen Lasten sind erdrückend für uns, sie greifen die Substanz an!" klagt der Unternehmer. Und die Armen und Proletarier sind immer noch ruhig!

Die chinesische Revolution.

Unser Bild zeigt chinesische Revolutionäre beim Anbringen von Riesenplakaten an den Hausmauern, in denen sie die Befreiung Chinas von der englischen Vorherrschaft fordern.

Verzweiflungstat eines Krupp-Angestellten.

In der Wohnung des 55 Jahre alten Bureauangestellten Hühlen in der Frankenstraße in Essen wurden am Mittwochvormittag die 84 Jahre alte Mutter und seine beiden 45 und 42 Jahre alten Schwestern in ihren Betten tot aufgefunden. Der Tod ist durch eine Gasvergiftung eingetreten, die Hühlen anscheinend ohne Einwilligung seiner Angehörigen durch Oeffnen der Gashähne herbeigeführt hat. Er selbst beging Selbstmord durch Erhängen. Der Grund zu dieser Verzweiflungstat ist darin zu suchen, daß Hühlen die Entlassung in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt worden war. Hühlen war Angestellter der Hausverwaltung in der Villa Hügel, des Wohnsitzes des Freiherrn Krupp von Bohlen-Halbach. Er galt als pflichttreuer und zuverlässiger Beamter.

Strafantrag gegen den Vater.

Eine Erklärung für die Tragödie auf dem Müggelsee.

Die 24jährige Tochter Käthe des Berliner Kriminalbeamten Weber, dessen zwei Töchter Dorothea und Charlotte vor einigen Tagen den Tod im Müggelsee gesucht haben, hat gegen ihren Vater Strafantrag wegen Beleidigung und tätlicher Beleidigung gestellt. Die Tochter macht dem Vater nicht nur den Vorwurf, seine beiden Töchter in den Tod getrieben zu haben, sondern klagt ihn an, auch sie, die Ueberlebende, die seit der Wiederverheiratung des Vaters die elterliche Wohnung verlassen habe, **auf offener Straße geschlagen und als Dirne bezeichnet zu haben. Sie ruft die Hausbewohner als Zeugen dafür auf, daß der Vater sowohl die drei Mädchen wie deren verstorbene Mutter oft in roherster Weise mißhandelt hatte.**

Ein Bismarckbündler wegen Freiheitsberaubung verurteilt.

Kassel, 27. Januar. (Privattelegramm.)

Bei einem „Deutschen Abend" des Bismarckordens hatten sich zwei Reichsbannerangehörige eingefunden, die die Rede des völkischen Reichstagsabgeordneten Kube mitstenographierten. Der Techniker Emil Wetzel aus Düsseldorf, der eine Vertrauensstellung im Orden bekleidet, entriß ihnen das Manuskript, auch wurden beide am Verlassen des Saales gehindert. **Wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung wurde Wetzel zu 3 Monaten Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.**

Schmugglerprozeß in Hamburg. Gestern begann in Hamburg ein umfangreicher Prozeß gegen ein Konsortium von 32 Schmugglern und Freihafendieben. Die Angeklagten, hauptsächlich Barkassenführer und Fuhrleute, stahlen wertvolle Metalle, aber auch Schmalz, Büchsenfleisch und Wein sowie Koffer von Auswanderern. Der Prozeß dürfte zwei Wochen andauern.

Der falsche Hohenzollernprinz Domela ist nunmehr von Köln aus in das Gerichtsgefängnis in Gotha eingeliefert worden. **Die Verhandlung gegen ihn findet voraussichtlich schon Ende Januar statt. Es wird mit einer Verhandlungsdauer von drei Tagen gerechnet.**

Vier Tote der Schlagwetterkatastrophe bei Lüttich. Von den sieben bei der kürzlich gemeldeten Schlagwetterkatastrophe in einem Kohlenbergwerk bei Lüttich schwerverletzten Arbeitern sind, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Brüssel gemeldet wird, **vier jetzt ihren Verletzungen erlegen.**

Direkter Flugverkehr Wien—Prag—Berlin. Die Verhandlungen, betreffend den direkten Flugverkehr Wien—Prag—Berlin, sind heute nachmittag hier zwischen den Vertretern Oesterreichs und Deutschlands zum endgültigen Abschluß gelangt.

Lichtsignal im Reichstag. Um die Tätigkeit der Glocke des Reichspräsidenten Löbe möglichst einzuschränken, sind jetzt im Reichstag an beiden Seiten des Rednerpultes je zwei elektrische Birnen angebracht worden, die, vom Präsidenten in Tätigkeit gesetzt, gelb und rot aufleuchten. Das gelbe Licht mahnt den Redner, daß seine Redezeit in 5 Minuten abläuft; die roten Lampen **zeigen dem Redner an, daß seine Redezeit abgelaufen ist.**

Der Berliner in der Venezianer Gondel

Warum soll er nicht mal den Krösus spielen ...

Vor einem Berliner Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Bote Adolf Knöchelmann wegen Unterschlagung von 28 000 **Mark zu verantworten.** Knöchelmann hatte trotz verschiedener Vorstrafen in einer Berliner Vorortbrauerei eine Anstellung als Bote erhalten. Eines Tages wurden ihm 28 000 Mark zur Ablieferung auf einer Bank anvertraut. Das war, wie der Angeklagte erzählte, an einem sehr heißen Sommertag, als ein furchtbares Gewitter tobte. Unter dem Eindruck der Hitze und in der Angst vor den Einschlägen der Blitze habe er sich in einer Wirtschaft eine Erfrischung gegönnt. Dabei sei ihm der Gedanke gekommen: „Warum soll ich nicht auch einmal den Krösus spielen?" Also fuhr er als „Profurist" nach Berlin und kleidete sich sofort standesgemäß für eine Auslandsreise ein. Die Frau ließ er ahnungslos zurück, zumal anderweitige Damenbegleitung rasch gefunden war. Zunächst nahm er Abschied von Berlin, wo er sich noch einmal gründlich amüsieren wollte. In schöner Damengesellschaft fuhr er am Kurfürstendamm den Sekt in Strömen fließen. Dann ging die Reise über die Schweiz nach Italien. In Venedig kaufte er sich eine eigene Gondel, mit der er einige Tage über den Canale Grande zum Lido fuhr, in Begleitung einer rassigen Italienerin, die er sich in Padua als Reisebegleiterin erkoren hatte. Bei der Abreise nach Rom schenkte er die Gondel dem Hotelportier. Da bei der Rückreise das Geld noch nicht alle war, unternahm der seltsame Kavalier noch einen Abstecher in die Ostseebäder. Hier ging ihm das Geld aus. War er bis dahin fast nur in Luxuszügen gefahren, so mußte er zuletzt aus Stettin 4. Klasse nach Berlin zurückkehren. Bei seiner Ankunft war er noch im Besitz von 6 Mk. 5 Mk. ließ er noch für ein Galgenfrühstück draufgehen und dann fuhr er mit einem Auto zum Polizeipräsidium, um sich zu stellen. Das Urteil gegen Knöchelmann lautete auf 2 Jahre Gefängnis, unter Berücksichtigung, daß das medizinische Gutachten den Angeklagten als starken Psychopathen bezeichnete.

Paul Hackbusch wieder in Haft.

Berlin, 27. Januar. (Privattelegramm.)

Der Kaufmann Hackbusch, der auf dem Neukölner Finanzamt seinen Sohn erschossen hatte, wurde gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wieder dem Polizeigewahrsam zugeführt. Er soll der heute vormittag stattfindenden Obduktion der Leiche seines Kindes beiwohnen. Nach Beendigung der Obduktion werden der Untersuchungsrichter und die Staatsanwaltschaft darüber beraten, ob nunmehr gegen Hackbusch Haftbefehl zu erlassen ist, ob er auf freien Fuß gesetzt oder als gemeingefährlicher Geisteskranker einer geschlossenen Irrenanstalt zugeführt werden soll.

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt

Wien, 27. Januar. (WTB.)

In Floridsdorf bei Wien wurde von der Polizei eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. Die Besitzer, die drei Brüder Reist, wurden verhaftet. Die Verhafteten gestanden, auch in Berlin Falschmünzerei getrieben und falsche Dreimarkstücke hergestellt zu haben.

Doppelselbstmord.

Paris, 27. Januar. (WTB.)

Havas meldet einen Doppelselbstmord aus Roschwoog im Elsaß. Es handelt sich, wie verlautet, um den Notar Sted und einen Mann namens Hocquel, deren Tod auf den Genuß eines Rauschgiftes zurückzuführen ist. Diese Angelegenheit hat insofern ein besonderes Interesse, als ein Elsässer namens Hocquel während der Separatistenbewegung im Rheinland als Beauftragter des Comité de la Rive Gauche tätig war und dabei auch in einen Konflikt mit dem französischen Delegierten Tirard geriet, der ihm eine zeitlang den Aufenthalt im besetzten Gebiet verboten hatte.

Verhaftung eines Rechtsanwalts. In Grimma (Sachsen) wurde der Rechtsanwalt und Notar Johannes Winkler unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet.

Südamerikanische Massendemonstrationen gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten. Neuyorker Blättern zufolge haben die Gewerkschaftsorganisationen in Buenos Aires, Santa Jacoba (Chile) und Montevideo große Massendemonstrationen abgehalten, in welchen sie gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten Mexiko und Nikaragua gegenüber protestierten.

Die Trauer als Unsinn.

Beim Tode des Mikados hat ganz Japan traditionell den Unsinn begangen, sein ganzes Geschäftsleben stillzulegen. Alle Geschäfte wurden geschlossen und mit weißen und schwarzen Tüchern verhängt. Ueberall wurden die Flaggen gehißt und mit Trauerzeichen versehen. Unser Bild zeigt eine typische Straßenszene, japanische Geschäftsleute schließen ihre Läden und verhängen sie dicht mit Tüchern und Flaggen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0003

Die **heimische** Industrie und der **heimische** Handel ernähren Euch
Darum
Hallenser trinkt **Euer** Freyberg-Bräu!
44

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Hora 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SJ. Heute: Musikstunde. Erscheinen eines jeden Musikers ist Pflicht, da zum Werbeabend geübt werden muß.

Aus dem Bezirk

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt. Die Lehrmäßig jeden Montag und die Nähstunden jeden Mittwoch im „Herzog Christian" statt. Beginn 8 Uhr abends.

Bockwitz. Die Generalversammlung des Ortsvereins findet am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" statt. Die Mitglieder müssen sämtlich erscheinen.

Sangerhausen. Freitag, den 28. Januar 1927, abends 8 Uhr, im „Berafchlößchen" Frauenabend. U. a. Lichtbilder-Vortrag. Die Genossinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Eilenburg. Freitag, den 4. Februar, in der Luna. Genosse Alfred Herre wird über das Agrarprogramm sprechen. Keine Genossin und kein Genosse darf fehlen.

— **Frauenfeierstd d.** Am 18. Februar veranstaltet die hiesige sozialistische Frauengruppe in der „Stadthalle" eine Frauenfeierstunde. Der Abend wird ausgeschmückt durch Musik, Rezitation und Lieder zur Laute von Else Lona-Leipzig. Rednerin ist Genossin Marie Wackwitz. Auch diese Veranstaltung verdient guten Besuch.

Gisleben. Freitagabend 8 Uhr im „Volkshaus" Vorstandssitzung.

Gisleben. Frauenabend Freitag abend 8 Uhr im „Volkshaus". Wichtige Tagesordnung Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt sowie Erledigung von Wahlen. Das Erscheinen aller Genossinnen ist dringend erwünscht.

Gorbetha. Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus Wagner: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Richard Krüner-Merseburg. 2. Geschäftsbericht — Vorstandswahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Unterteutschenthal. Sonnabend, d. 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Würdenhof" Generalversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Genosse Dreicher-Halle wird anwesend sein.

Röcheln. Sonntag, den 30. Januar, nachm. 4 Uhr, im Gasthof „Roter Hirsch" (Gehüte) Generalversammlung. Tagesordnung: Wahl des gesamten Vorstandes und Verschiedenes. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, wird es den Genossen und Genossinnen zur Pflicht gemacht, unbedingt zu erscheinen. Ferner sind die Volksblattleser u. Reichsbannerkameraden willkommen. — Die Vorstandsmitglieder und Parteifunktionäre haben bereits um 3 Uhr zu einer Sitzung zu erscheinen.

Genossen! Werbt neue Leser!

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Am 29. und 30. Januar wird eine Anzahl Quartiere für möglichst je 2 Personen (ein Kriegsblinder und Führer) benötigt. Baldige Bezeichnung der Quartiere an die Leitung erforderlich.

3. Abteilung. Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Hardenberg-Kasino": Funktionärsitzung.

5. Abteilung. Sonnabend, den 29. Januar, Familienabend bei Neupert, Beesener Straße, Ecke Bugenhagenstraße. Beginn 8 Uhr.

Eßt Seefische!
Nahrhaft, gesund und billig!

Grüne Heringe, große	Pfd.	17 Pfg.
Grüne Heringe, mittelgr.	„	20 „
Island-Kabliau o. Kopf	„	40 „
Island-Schellfisch o. Kopf	„	40 „
Feinster leiter Nordsee-Kabliau o. K.	„	60 „
Nordsee-Schellfisch	„	85 „
Steinbutt, großer	„	140 „
Rotzunge, Scholle, Zander Goldbarschfilets bratfertig	„	80 „
Lachs-Forellen	„	140 „
Karpfen, lebendfrische	„	100 „
Feinste geräucherte Makrelen-Bücklinge 2 Stück		25 „
Feinste Fett-Bücklinge 5-Pfund-Kiste nur		125 „
Ger. Schellfisch, Seelachs	Pfd.	50 „
Echte Schlei-Bücklinge, Flundern		

Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr. 33 Tel. 26658
Lieferung frei Haus.
Kochbücher für Seefische und Muscheln gratis.
437

UFA

Ufa-Theater Leipziger Straße
Morgen, Freitag, Erstaufführung!
Lee Parry's
anerkannt große Kunst hat Gelegenheit, in dem Großfilm:
„Wenn das Herz der Jugend spricht"
nach dem bekannten Roman „Artur Imhoff" von Hans Land neue Triumphe zu feiern. Der Regisseur Fred Sauer hat dieses Werk unter der Mitwirkung von
Albert Bassermann, Paul Henckels, Else Wasa u. a.
zu einem ergreifenden Drama gestaltet, in welchem **Lee Parry als Verkörperin sonniger Jugend und des ewig neuen Gesetzes des Rechtes der Jugend Lachen. Träume und erschütternde Tragik auslöst** und den Film zu einem **hervorragenden Musterwerk** gestaltet.
Albert Bassermanns und Paul Henckels große, gereifte Kunst, sowie die herrlichen Aufnahmen des schweizerischen Gebirgsparadieses unterstützen Lee Parry in ihrer schweren, aber dankbaren Aufgabe und sichern diesem Film eine begeisterte Aufnahme.
Dazu der bunte Teil
und die
Ufa-Wochenschau
Beginn:
Sonntags 3 Uhr — Werktags 4 Uhr.

Ufa-Theater Alte Promenade
Morgen, Freitag, Erstaufführung:
Halali! Die Jagd geht auf!
. . . . Im dämmernden Morgen rauscht der Wald. Noch wallen und brauen die Frühnebel. Da kommen die Jäger, die Jünger des St. Hubertus . . . doch viel früher vor ihnen war Einer da. Scheu und gebückt, förmlich gehetzt wie das Wild selbst, trieb es ihn durch Sträucher und Dickicht, ihn — den Wilderer! Auf verbotenem Pirschgang holte er sich schon die schönste Jagdtrophäe! . . .
Die Sporckschen Jäger
Ein Filmschauspiel aus den Wäldern Masurens nach dem bekannten Roman von Richard Skowronnek: **Das Bataillon Sporck.**
In den Hauptrollen:
Otto Gebühr
Walter Rilla, Alb. Steinrück, Grete Mosheim u. a.
Dazu der bunte Teil
und die
Ufa-Wochenschau
Beginn:
Sonntags 3 Uhr — Werktags 4 Uhr.
4+5

Knorr Haferflocken
Merkmale: Angenehmer feiner Geschmack — schnell kochend — ausgiebig — frei von Hülsen — nur in Paketen mit dem roten Streifen: Leicht quellend, milchig-süß, Vitamine —
Anmerkung: Unsere Vorfahren haben sich Jahrhunderte lang von Haferspeisen ernährt. Die jetzige Generation muß sich auch wieder mehr an diese gesunde und kraftspendende Nahrung gewöhnen.

Benutzen Sie die Gelegenheit
die wir Ihnen bieten!
Unser
Inventur-Ausverkauf
dauert fort!
Sonderangebote, Rest- und Schlagerposten, sowie **Einzelpaare weit über 60 Proz. herabgesetzt, teilweise noch unter dem Einkaufspreis.**
Bei großen Mengen und reicher Auswahl zu wirklich sehr billigen Preisen!
Schuhwaren-Haus **HÖNIGSBERG** Halle
I. Geschäft: **Gr. Ulrichstr. 54,** II. Geschäft: **Geiststraße 9.**

Unter der Benennung
Frauen-Heilanstalt Gütchenstraße
haben die Unterzeichneten eine
Privat-Frauenklinik
errichtet. Aufnahme finden dort auch Patientinnen sämtlicher Krankenkassen.
Dr. med. von Lippmann **Dr. med. Weins**
Fachärzte für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten
Halle a. S., den 24. Januar 1927.
Gütchenstraße 19, Fernspr. 29498.
439

Stadt-Theater
Heute 442
Donnerstag 8 Uhr: Gastsp. Leopoldine Konstantin
Die Tänzerin
Freitag 7 Uhr:
Siegfried

Walhalla
Nur noch 4 Tage!
Beginn 8 Uhr:
Die große Neue
Die Bunte Tüte
16 lustige Bilder.
Musik von 456
Viktor Corzilius.
Das große Ballett
Trotz enormer Unkosten gewöhnliche Preise von 60 Pfg. bis 4,00 Mk.

Mappen
In Leder sehr billig 210
Hugo Krasemann
nur Schmeerstraße 13
Lederwaren-Haus
Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Koch's Künstlerspiele
Die führende Kleinkunstbühne
hat mit dem
Januar-Programm
einen
blendenden Erfolg
zu verzeichnen.
Nur noch 4 Tage!
Sonnabend nachd.
Künstler-Nachtfest
zum Besten der I. A. L.
bis 4 Uhr
mit besonder. Spielplan.
454

Freier Wassersport-Verein Halle
Sonntag, den 30. Januar 1927, im großen Saale des „Volkspark":
Großer Ball!
Anfang 4 Uhr — Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Halle.
Sonntag, den 30. Januar, vorm. 9 Uhr, im „Volkspark":
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung: a) des 3. Bevollmächtigten; b) der Revisoren.
3. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht. 441
Die Ortsverwaltung.

Gummiabsätze Schuhleisten
— billigst bei —
M. Winkler
Glaucharer Straße 27.

Es gibt

450
ist ein
Sprechapparat
auch in Schrankform von
H. Prophete Rannische-straße 15
Schallplatten
elektrisch aufgenommen, in allen Preislagen u. riesiger Auswahl
Nähmaschinen
„Veritas" „Viktoria" „Dürkopp"
hervorragend in Qualität und Leistung
Fahrräder
„Göricke", „Opel" und andere Marken
Alle Reparaturen fachmännisch und gut
Anzahlung 20.— Mk., Wochenrate 3.— Mk.
Die letzten Tage des Inventur-Ausverkaufs

Um Raum zu schaffen
für Neueingänge, gebe ich einen größeren Posten leichte u. schwere
Mützen für die Arbeit
in bekannten Ia Qualitäten zu äußerst billigen Preisen ab
Keine Ramschware!
Erwin Lang :: Eisleben
Markt 36
438

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. Januar 1927.

SPD., Ortsverein Halle.

Heute, Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27,

Jahres-Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahlen.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Der Vorstand. J. A.: C. Schaumburg.

Der Mann, der den Kopf schüttelte.

Er stand an der Haltestelle der Elektrischen und las den „General-Anzeiger". Ich stand hinter ihm und sah zu.

Es gibt kaum eine nützlichere Beschäftigung in solchen Pausen des Alltagslebens zwischen Arbeitsstätte, Dienstweg und hastendem Lärm, als den Mitmenschen einen Augenblick in seinem Tun und Lassen eindringlicher zu betrachten. Wir gehen ja allzu blind aneinander vorbei und wissen darum so wenig von der Seele der Zeitgenossen! Wir haben ja keine Augen für die Nöte und Freuden des andern, keine Zeit, die Schönheit eines Mienenspiels, das Charakteristische einer unbeobachteten Geste in uns aufzunehmen und daran Menschenkenntnis und Wissen von der individuellen Not dieses kapitalistischen Zeitalters zu steigern. Aber so in einem Moment unfreiwilliger Pause fällt unser Blick wohl auf irgendein Gesicht, und mit einem Male entwirrt sich uns ein Stück menschlichen oder sozialen Geschicks.

Mein Nachbar stand und las in seinem Blatt, ich sah ihm halbwegs über die Schulter, suchte zu erkunden, was er gerade las und forschte in seinen Gesichtszügen nach dem Eindruck, den das Gelesene da etwa hinterließ. Es mußte ein Reisender oder Kaufmann sein, schätzte ich, seinen Anzug betrachtend. Aber sein Gesicht war gefurcht und wie wettergebräunt; der Mann muß weit herumgekommen sein, ging es mir durch den Kopf — als ich mit einem Male durch sein Benehmen aus meinen Spekulationen über Schicksal und Person meines Unbekannten gerissen wurde.

Er schüttelte den Kopf, halb unwillig und geärgert, halb ironisch und belustigt. Er stieß ein kurzes Lachen aus, raffte hastig die Blätter seiner Zeitung zusammen, steckte sie ein und machte ein kurze Wendung, als wollte er weitergehen. In diesem Augenblick aber sprach ich ihn an. Ich weiß nicht, woher mir der Mut kam, aber ich hatte so stark den Eindruck, daß der Mann sich lediglich über irgend etwas, was in diesem Blatte gestanden, geärgert hatte, daß ich teils aus Neugier, teils aus lokalem Interesse, mich nicht enthalten konnte, ein Gespräch zu beginnen, machte es ausgehen wie nur immer.

„Da steht wohl wieder ein netter Kohl im „General-Anzeiger?" sagte ich leichthin, um im nächsten Augenblick diesen Gesprächsbeginn schon sehr gewagt zu finden. Aber diese Besorgnis war ebenso kurz wie unbegründet: der Mann räusperte sich, sah mich einen Moment an und antwortet dann ungezwungen und kameradschaftlich. Eine Darstellung der Verhältnisse über Amerika und Mexiko war ihm ins Auge gefallen, er war aber „drüben" gewesen und kannte sich aus. Zufällig erinnerte ich mich sofort, in unserem Parteiblatt jüngst etwas in der Sache gelesen zu haben. Ich forderte meinen neuen Bekannten nach kurzer Unterhaltung auf, eben den kleinen Umweg an der Geschäftsstelle vorbei mit mir zu machen, ging schnell hinein und brachte ihm die Nummer mit dem Artikel.

Weiter brauche ich von dem kleinen Erlebnis nichts zu berichten. Wir tranken noch ein Glas Bier zusammen. Es stellte sich, als er es dabei las, heraus, daß unser Parteiblatt die Dinge seiner Erfahrung nach viel zutreffender schilderte, und als wir uns trennten, da hatte ich den bestimmten Eindruck, — erfolgreich auf Agitation gewesen zu sein.

Und ich bin überzeugt, es gibt eine Menge Menschen, die schon wie meine zufällige Straßenbekanntschaft den Kopf geschüttelt haben. Es gibt sie alle Tage! Nur treffen sie nicht immer jemand, der ihnen das Bessere zeigt: das Arbeiterblatt!

V.

Das „Königliche Standesamt".

Man sollte es nicht für möglich halten im neunten Jahre der Republik, und doch ist es Tatsache: Das Standesamt Halle-Süd betrachtet sich noch immer als königliche Behörde. Vor uns liegt die Sterbeurkunde eines Kindes, ausgestellt am 20. Januar 1927, an deren Kopf fett, protzig-breit, links oben die Aufschrift prangt:

Königliches Standesamt
Halle-Süd.

Der Herr Standesbeamte, i. V. geg. Döling, hat diese Urkunde unbedenklich ausgestellt. Wenn es sich bei diesen Sterbeurkunden um alte Formulare handelt, was immerhin bezeichnend wäre für das Ancien régime, das also Formularvorräte auf Jahrzehnte aufstapelte, so hätte der Beamte die Pflicht gehabt, die Aufschrift richtigzustellen.

Wie wir uns heute überzeugen konnten, ist jedoch auch nach dem 20. Januar eine weitere Urkunde mit dem „königlichen" Aufdruck zur Verwendung gelangt, so daß dem Standesbeamten Gedankenlosigkeit nicht zugebilligt werden kann. Es scheint sich vielmehr um bewußte Provokation eines subalternen Beamtengemüts das den seligen Zeiten der Orden nachtrauert, zu handeln.

Wir raten allen Republikanern, die das Standesamt Halle-Süd in Anspruch nehmen müssen, derartige Urkunden zurückzuweisen; und von dem städtischen Dezernenten, den es angeht, erwarten wir, daß er für baldige Abstellung des unglaublichen Mißstandes Sorge trägt.

Die der Hilfe bedürfen!

Neuregelung der Richtsätze für die Unterstützung Hilfsbedürftiger im Regierungsbezirk Merseburg.

Für die Bezirksfürsorgeverbände des Regierungsbezirks Merseburg fand am Montag im Sitzungssaal des Kreisständehauses in Halle eine Fachbesprechung statt. Von den Fürsorgeverbänden war fast ausnahmslos der Wunsch nach baldiger Abhaltung einer gemeinsamen Besprechung über die Neuregelung der Richtsätze für die Unterstützung Hilfsbedürftiger zum Ausdruck gebracht worden.

Das Ergebnis einer längeren Aussprache war die Erhöhung der bisherigen Sätze um 10 Prozent unter Aufrundung auf volle Mark ab 1. April 1927. Beispielsweise wird der Richtsatz für die Einzelperson betragen in:

Ortsklasse A	. . . .	31 (28)	Mk. monatlich
„ B	. . .	29 (26)	„ „
„ C und D	.	27 (24)	„ „

Die eingeklammerten Beträge sind die jetzigen Richtsätze. Die Erhöhung rechtfertigte man weniger wegen einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die mit dem 21. Oktober 1925, dem Termin der letzten Regelung, nur um 8 Prozent gestiegen sei. Diese Verteuerung sei ganz unerheblich und sei in der Hauptsache durch die Steigerung der Wohnungsmieten um 28 Prozent bedingt. Bemerkenswert war die Aussicht einzelner Redner, daß die Richtsätze nicht allzu schematisch angewandt werden sollten. Der Richtsatz soll sich auf dem Mindestbedürfnis aufbauen. Auch uns sind einzelne Bezirksfürsorgeverbände aufgefallen, die die Sätze geradezu als Höchstsätze festgelegt haben. Die Fachbesprechung hat nun Klarheit gebracht, und unsere Genossen in den Kreisausschüssen sollten darüber wachen, daß die Beschlüsse entsprechend formuliert werden.

Riesentintenfisch gegen Hummer.

Ein imposanter Kampf, interessanter als das beste Boxmatch, grandioser als das Wagenrennen im „Ben Hur", war gestern abend im Zoologischen Garten zu sehen. Eine große Zahl Hallenser war Augenzeuge des gewaltigen Ringens zwischen einem achtarmigen Riesentintenfisch von 1½ Meter Länge und einem panzerbewehrten Hummer. Diesen Hauptkampf des Abends rahmten eine ganze Reihe nicht minder spannender Kämpfe ein: Als erste betraten die Unterwasserfilmarena Hummer und Pantherhai. Der Hummer blieb Sieger nach kurzem Waffengang. Darauf folgte das Rencontre Hummer gegen elektrischen Zitterrochen. Es hagelte in diesem Kampf „organische Blitze" des Rochens, die des Hummers Kraft lähmten und ihn zur Aufgabe zwangen. Sieger nach Punkten: Zitterrochen. Im Hauptkampf bediente sich der Riesentintenfisch häufig unlauterer Mittel, indem er in jedem für ihn kritischen Augenblick hinter eine schwarze Tintenwolke retirierte. Der Hummer konnte ihn trotzdem ein paarmal mit den gewaltigen Scheren fassen, der Achtarmige entrann sich jedoch stets mit großer Elastizität der Umklammerung. Als er seinerseits mit dem „Papageienschnabel" zum Angriff überging, war es um den Hummer geschehen. Mit zertrümmerter Gehirnverkapselung blieb er tot liegen. Das Publikum folgte den Kämpfen, die Direktor Dr. Hauchecorne persönlich leitete, mit atemloser Spannung.

Das weitere Programm des 3. Gesellschaftsabends im Zoo bildete ein Ausflug zum Golf von Neapel. Der Vesuv wurde bestiegen, das alte Pompeji inspiziert. Die animalische Flora des Meeres, Seerosen, Seenelken, Seegurken, erweckte das besondere Interesse der Blumenliebhaber und Gemüsegärtner.

Der Abend, den das Symphonieorchester unter Plätz verschönte, kann als ausgezeichnet gelungene Unternehmung bezeichnet werden, mit der die neue rührige Direktion dem Garten sowohl neue Freunde geworben als auch dem Stammpublikum des Zoo etwas ganz Besonderes geboten hat.

G. H.

Die Mehrzahl des Volkes fährt 4. Klasse.

Am Ende des Geschäftsjahres 1925 besaß die Deutsche Reichsbahn 27 620 Lokomotiven, 966 Triebwagen, 63 829 Personenwagen, 21 831 Gepäckwagen und 689 119 Güterwagen. Außerdem noch 63 Schiffe und Fähren. An elektrischen Lokomotiven besitzt die Reichsbahn heute 242 Stück. Interessant ist es, zu beobachten, wie durch die Verschiebung des Personenverkehrs nach der niedrigsten Klasse hin, ein Wechsel in den Personenwagen stattfand. Personenwagen, die nur 1. Klasse führen, gibt es heute nur noch 19 gegen 147 1913; Personenwagen 1. und 2. Klasse sind heute noch 1885 vorhanden gegen 5814 1913. Abgenommen haben auch die Wagen 3. Klasse, ihr Bestand beträgt heute 22 099 gegen 28 405 1913. Die Wagen, die 2. und 3. Klasse führen, erfuhren ebenfalls eine Verminderung um rund ein Viertel auf 4696. Zugenommen haben allein die Wagen mit lediglich 4. Klasse, und zwar von 17 482 1913 auf 28 454 1925. Sämtliche Personenwagen der Reichsbahn verfügen über 3 518 052 Plätze, dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1913 eine Steigerung von 300 000 Plätzen. Aus der Verschiebung in der Benutzung der Personenwagen ist zu ersehen, daß die unteren Klassen mehr bevorzugt wurden, was nicht zuletzt mit der Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung zusammenhängt.

Generalversammlung des Reichsbanners. Von der Ortsgruppenleitung erhalten wir diesen Bericht: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt am 25. Januar seine Generalversammlung für 1927 ab. Nach dem Einzug der Fahnen erstattete der 1. Vorsitzende, Kamerad F. Ferchland den Geschäftsbericht, der ebenso wie der Kassenbericht des Kameraden Otto Müller allgemeine Zustimmung fand, so daß einstimmig Entlastung erteilt wurde. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe nach wie vor in aller Festigkeit und Entschlossenheit ihre Arbeit für die Republik leistet. Ebenso ergab der Kassenbericht ein erfreuliches Bild von der Finanzlage der Ortsgruppe. Der bisherige Vorstand wurde mit allen gegen eine Stimme der Gauleitung wiedergewählt, was von den Kameraden mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend hielt der 2. Vorsitzende Kameraden Klemich, ein Referat über „Pazifismus und Republikschutz", wobei er u. a. unter allgemeiner Zustimmung ausführte, daß sich die Republikaner nie wieder zu einem imperialistischen Kriege beteiligen, aber Maßnahmen gegen den Bestand der Republik mit allen notwendigen Mitteln entgegentreten würden. In gesonderter Versammlung erfolgte dann die offizielle Gründung des „Schützenverein Republik Halle", dem die überagroße Mehrheit der anwesenden Republikaner sofort beitrat. Der würdige Verlauf der Versammlung zeigte, daß die hallischen Republikaner unter bewährter Führung treu und aktiv auf ihrem Posten stehen.

Vom Sinn der Grundschule.

Grundschulwoche in Halle.

Der Mittwochabend brachte die Eröffnung dieses pädagogischen Ereignisses, das, nach Zahl und Verbreitungsgebiet der Teilnehmer zu schließen, für ganz Mitteldeutschland von Bedeutung ist. Hervorgehoben sei, daß die Führung der Veranstaltung, für die an erster Stelle Herr Oberregierungsrat Saupe zeichnet, durch Einladungen an die hiesigen Elternbeiräte und an die Eltern der Grundschulkinder die Einheit derjenigen Kreise betonte, die in dieser Frage zuständig sind: Behörde, Lehrerschaft, Eltern. Das war nicht immer so und ist durchaus auf das Konto der Republik zu setzen.

In diese Entwicklung nach vorn paßte es auch, daß Herr Regierungspräsident Grützner, der nach einleitendem Gesang des Hallischen Lehrergesangvereins und nach Eröffnungsworten Herrn Saupes eine Begrüßung an die Versammlung richtete, die nicht übliche Wohlwollensphrasen entbielt, sondern angesichts der drohenden Klerikalisierung der Schule durch die kommende Rechtsregierung scharf den staatlichen Charakter der Schule betonte und festes Versprechen gab, mit daran zu helfen, daß jenen Mächten gezeigt wird, wo „der Zimmermann das Loch gelassen hat". Danach nahm Schulrat Kosse für die städtischen Behörden, Lehrer Schmölling für den Lehrerverein das Wort. Nach einigen Mitteilungen des Leiters ergriff dann Herr Oberschullehrer Wolff, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins, das Wort zu seinem Vortrag:

Vom Sinn der Grundschule.

Der Vortragende ging davon aus, daß die Eröffnungsansprache den Geist Pestalozzis zitiert habe, jenes Mannes, der in diesen Tagen überall gefeiert werde und der doch, rein äußerlich betrachtet, nichts als ein Leben voll Leid mit immer harten Endakkorden seiner einzelnen Geschicke getragen habe. Aber über dem allen steht seine unbedingte Hingabe an die Idee der Menschenliebe. Sie hat ihn zu Bekenntnissen geführt, die heute über den Pforten der Schule leuchten, ganz besonders der Grundschule. „Liebes Volk, ich will dir aufhelfen!", das ist ihr eigentlicher Sinn. Das beweist zunächst ihre Geschichte. Von 1819 bis 1919, ein Jahrhundert, hat sie um gesetzliche Anerkennung in Deutschland zu ringen. Erst kämpft ein einzelner Mann, Silvern, um sie, dann der Lehrstand (1848), zuletzt die weitaus meisten Teile des gesamten Volkes. In Artikel 146,1 der Reichsverfassung ist der Sieg der Grundschule entschieden, trotz aller seitdem erstarkten Mächte, die erst in diesen Tagen wieder ein Attentat auf die Grundschule im Reichstage vorhatten. In ähnlicher Entwicklung begriffen ist die Grundschulidee. Im 17. Jahrhundert greift sie Amos Comenius auf, sich rein äußerlich auf den Gang der Natur stützend. Im 18. Jahrhundert ersteht in der Aufklärung Boden für einen Rousseau, der die Grundschule von der Gesellschaftsorganisation abhängig macht. Pestalozzi, von ihm befruchtet, spricht von der Treppe der Bildung, die von Stockwerk zu Stockwerk führen soll unter Beseitigung aller Bildungsvorrechte von Ständen und Begüterten. Die Schweiz, Oesterreich und andere Staaten begriffen das, Deutschland kommt erst jetzt dahinter. Damit verschiebt sich auch der ganze Charakter der Schule, die ja auch, wie alle anderen Erscheinungen, zeitbedingt ist. Eine Gegenüberstellung des Inhaltes der Erziehung von 1850 bis 1900 und der gegenwärtigen gibt Beweise davon. Vom pädagogischen Materialismus zur pädagogischen Energie! In diesem Wandel nimmt der Gemeinschaftsgedanke zentrale Stellung ein. Er ergreift Klasse, Lehrerschaft und Eltern. Damit wird Pestalozzisgeist eine Pestalozzitat, das sei im ganzen der Sinn unserer Grundschule.

Diesem, von warmem Herzen getragenen, nicht immer auf realen Grundlagen fußenden Vortrage folgten wiederum Gesangsvorträge, die zugleich den Auftakt beendeten. Die folgenden Tage bringen Lehrproben und Vorträge, auf die wir nach Verlauf zurückkommen werden.

Aufhebung städtischer Zahlstellen. Die Zahlstellen der städtischen Steuerkasse und Werkekasse in der Klosterstraße, Torschule und im Alters- und Wecketheim werden am Freitag, dem 28. Januar aufgehoben und mit den Hauptstellen Rathausstraße Nr. 1 zusammengelegt. Zahlungen werden nur noch Rathausstraße Nr. 1 entgegengenommen.

Die Fürsorge für Kleinrentner. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Ministers für Volkswohlfahrt auf eine Kleine Anfrage entnimmt, kann eine Neuregelung der Kleinrentnerfürsorge nur im Zusammenhang mit einer Aenderung des Finanzausgleichs erfolgen. Das Staatsministerium ist daher zurzeit nicht in der Lage, an der Frage eines Rentnerversorgungsgesetzes Stellung zu nehmen. Das Staatsministerium wird wie bisher auch in Zukunft dafür Sorge tragen, daß bei Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung jede unnötige Härte vermieden wird.

Aufklärungsbilder in den Eisenbahnzügen. Zur Vermeidung von Unfällen auf der Eisenbahn sind in den Wagenabteilen Plakate angebracht, deren Bildschmuck zeigt, wie leicht jemand aus dem Zug fallen kann, wenn er sich achtlos an eine Wagentür lehnt, ohne sich zu vergewissern, daß diese ordnungsgemäß verschlossen ist.

Heeresrentenzahlung durch die Post. Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Februar findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2 a, wie folgt statt: am 28. Januar für die R-Rentenempfänger, am 29. Januar für die H-Rentenempfänger — am 31. Januar für die Nachzügler. — Zeit: 8 bis 2 Uhr.

Straßenunfallchronik. In der Robert-Franz-Straße wurde ein Schüler, der mit seinem Fahrrade die Robert-Franz-Straße befuhr, nachdem er durch Anfahren eines Mannes zu Fall gekommen war, von dem Anhänger eines in entgegengesetzter Richtung fahrenden Lastkraftwagens über den linken Fuß gefahren. Er wurde mit einem Personenkraftwagen in ärztliche Behandlung gebracht. — In der Merseburger Straße stieß ein Motorradfahrer mit einem Lastkraftwagen, der in die Toreinfahrt eines Grundstückes einfahren wollte, zusammen. Verletzt wurde niemand.

Film und Kleinkunstbühne.

Filmfinspiel im Burg-Theater. Unter dem recht sentimentalen Titel „Nur auf hohen Bergen wohnt das Glück" gelangt im Burg-Theater in der Großen Ofenstraße ein Filmfinspiel zur Vorführung, das so recht nach dem Geschmack der kleinen Leute ist, ein geschultes Publikum aber wenig befriedigen würde. Der Film spielt teils in den bayerischen Bergen, teils in München und verläuft gar wenig schön mit den Stadtleut'. Die Liebe ist dabei selbstverständlich die Hauptsache. Den gesanglichen Teil bestreiten Lisli Kahlenberg und die Herren Gillenberg und Schiewek. Das Orchester sollte dabei allerdings seine Leidenschaft etwas dämpfen, da sonst der Gesang in der Macht der Töne untergeht. Die bisweilen angewandte Lautmalerei — für die das erschienene Publikum hörbares Interesse bekundete — wirkt auf empfindsamere Gemüter störend. Ebenso erscheinen die in dem Film vorkommenden operettenmäßigen Tanzszenen infolge ihrer Unweit deplaciert. — Im allgemeinen werden derartige Filmfinspiele wohl kaum eine große Zukunft haben. Genau so, wie die frühere Registration zum Film nicht von Dauer war, so wird auch der Begleitgesang sich nicht durchsetzen können.

Aus dem Saalkreis.

Können. Der Stadtverordnetenvorsteher wiederholt der Linken. Trotz der Obstruktion der Rechten in der letzten Sitzung hatten sich die Herrschaften am Dienstag wieder eingefunden. Sie sind wahrscheinlich an der Ueberzeugung gekommen, daß sie am Donnerstag eine Dummheit begangen haben. In aller Ruhe wurde die Wahl des Bureaus vorgenommen. Wiedergewählt sind Peter (SPD.) zum Vorsteher, Schlüter (SPD.) zum Stellvertreter, Ruhe (Magistratsvertreter) zum Schriftführer, Reißig (Vorsteher) zum Stellvertreter. Von der Rechten wurde bei der Wahl zum Vorsteher sowie Stellvertreter jedesmal der frühere Feldwebel Hartung vorgeschlagen. Der sogenannte Ordnungsblock hat immer noch nichts gelernt oder hat man wirklich keinen anderen für diesen Posten? Das Lokalblättchen schreibt: „Wieder hat die Linke auf ein Jahr die Mehrheit" und rechnet dann aus, daß nur 27 Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl gefehlt hätten um eine sichere Mehrheit für die Rechte herauszuholen. Hoffen wir, daß nun auch die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit inzwischen erkannt hat, daß ihre wirklichen Vertreter in den Reihen der Sozialdemokraten sitzen. Einigen Abänderungen in den Kommissionen wurde zugestimmt. In die Schuldeputation wurde für den zurückgetretenen Genossen Ecke Genosse Ernst gewählt. Der Magistrat hatte der Stadtverordnetenversammlung einen Protest gegen die Verlegung der Provinzialverwaltung vorgelegt. Die SPD. sowie KPD. erklärten daß sie kein Interesse an einer Stellungnahme zu dieser nur den Provinziallandtag angehenden Angelegenheit hätten und in wurde der Protest mit den Stimmen der bürgerlichen Minderheit angenommen. Die Eingabe der Mieter des Armenhauses wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen. Dann lag noch eine Vorlage wegen Zurückzahlung eines Darlehens der Fürsorgeverbände vor. Der Magistrat hatte empfohlen, die 4650 Mk. (Aufwertungssache) wenn möglich, in einer Summe zurückzuzahlen. Dagegen wandte sich der Tischlermeister Rambor mit aller Entschiedenheit. Gegen die Stimmen der bürgerlichen fand die Magistratsvorlage Annahme, so daß die Stadt 1200 Mk. spart.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0005

Arbeiterfahrten und Eisenbahnverkehr.

Viergleisiger Ausbau der Strecke Halle—Weißenfels erforderlich.

Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die sich von den kleinen Städten über die größeren auf die großen hin immer mehr zusammenzog, hat nicht nur die Bevölkerungszunahme der Städte als Plätze der Arbeit zur Folge gehabt. Sie hat auch einen immer mehr wachsenden Arbeiterverkehr zwischen dem Land und den Städten sowie abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten zur Folge. Die Benutzung der Eisenbahn, namentlich in den Morgen- und Abendstunden zeigt das.

In wie hohem Maße dieser tägliche Pendelverkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte heute vorhanden ist, beweisen Angaben des Halleschen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes, die uns gemacht worden sind, um die dringende Notwendigkeit der Vervollkommnung der Verkehrsanlagen um Halle herum zu beweisen. Die Leunawerke beschäftigten am Ende des verflossenen Jahres **21 000 Angestellte und Arbeiter.** Davon wurden von der Reichsbahn

täglich 10 200 zwischen Halle—Leuna und etwa 5000 zwischen Corbetha—Leuna, also insgesamt über 15 000 befördert.

Im Jahre 1927 soll sich diese Zahl der Beschäftigten auf 25 000 erhöhen. Hierzu tritt noch der Verkehr nach dem Geiseltal, dem Oberröblinger und Bitterfelder Industrierevier. Ungeahnte Arbeitermassen erreichen auf andere Weise ihre Arbeitsstätte.

Allein schon diese Angaben beweisen, wie große Massen auf die Arbeit in der Umgebung ihres Wohnortes angewiesen sind, sie zeigen uns, welche Entfernungen zurückzulegen sind. Eine wichtige Voraussetzung zur sozialen Gesundung des Arbeiterdaseins ist ein sozialer Verkehr, eine schnelle und bequeme wie billige Verbindung. Ist sie vorhanden? Nach der neuesten Gewerbestatistik, und nach dem, was wir in und um Halle tagtäglich erleben, ist sie nicht vorhanden. Wenn ein Gewerbeaufsichtsamt feststellen muß, daß die Arbeiter schon eine Stunde vor Arbeitsbeginn am Arbeitsorte eintreffen und daß sie nach Betriebsschluß oft stundenlang auf die Abfahrt ihres Zuges warten müssen, um nach Ankunft auf der Zielstation oft noch anstrengende Marschleistungen zu vollbringen, so ist das ein Beweis für die unsoziale Gestaltung, die der Arbeiterverkehr heute noch aufweist.

Ein großes Teil Schuld ist der Ueberlastung der Eisenbahn-Anlagen zuzuschreiben. Und die Reichsbahndirektion Halle hat diese Mängel, die für Halle als Eisenbahnknotenpunkt sehr nachteilig sind, auch erkannt und einen Entwurf für den viergleisigen Ausbau ausgearbeitet, der aber, wie uns mitgeteilt wird, wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ausgeführt werden kann.

Es wird jedem Einsichtigen klar sein, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten die Durchführung von Plänen verhindern können. Jedoch außergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Diese liegen ohne Zweifel durch die wohl ohne Beispiel dastehende, schnelle Entwicklung und Ausdehnung des mitteldeutschen Industriebezirkes (es seien nur die Leunawerke genannt) vor. Hält man sich vor Augen, daß bereits in den Jahren 1925/26 die Ueberlastung der Strecke aufgetreten ist, also in den Jahren wirtschaftlicher Depression, so müssen wir in Zukunft, wenn neben der chemischen Industrie die anderen Wirtschaftszweige vollbeschäftigt sein werden, für die glatte Abwicklung des Fern- und Nahverkehrs auf der genannten Strecke die größten Befürchtungen zum Ausdruck bringen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Entwicklung in unserem Wirtschaftsgebiet noch gar nicht abgeschlossen ist. Man denke nur an das Problem der Kohlenverflüssigung. Bei der bestimmt kommenden Wiedereinführung des Dreischichtensystems wird eine weitere Belastung durch den verstärkten Arbeiterverkehr ganz außerordentlich schnell auftreten. Die unsoziale Gestaltung des Arbeiterverkehrs ist bezeichnend für unsere im Zeichen des Profitmachens stehende Zeit. Die Beschleunigung im Transport von Gütern und wertvolleren Menschen ist dem Kapitalismus wichtiger als die Abkürzung der oft ungewöhnlich großen Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Von 1920 bis 1925 hat sich die tägliche Flugleistung in Deutschland von rund 3000 auf rund 35 000 Kilometer entwickelt. Täglich durchschneiden die Flugzeuge heute allein in Deutschland eine Strecke, die fast so groß wie die Länge des Erdumfangs ist. Von 5,7 Tonnen im Jahre 1920 stieg der Transport von Gütern durch Flugzeuge auf 521 Tonnen im Jahre 1925. Von 12,1 Tonnen im Jahre 1920 stieg die Fracht, die von Flugzeugen weggeschafft wurde, auf 808 Tonnen im Jahre 1925.

Das Verkehrsamt der Stadt bringt sich vor lauter Eifer bald um, damit der neue mitteldeutsche Zentralflughafen bei Schkeuditz nur zu zur vorgesehenen Zeit, März oder April, fertig wird. Vor einigen Tagen hat sich sogar der gesamte Magistrat an Ort und Stelle von dem Stande der Bauarbeiten überzeugt. Für Verbesserung des Luftverkehrs, der zunächst nur für einen kleinen Kreis Zahlungsfähiger in Frage kommt, geschieht also das Menschenmöglichste; da werden keine Mittel gespart, und alle Kräfte angespannt. Es wirde uns sehr interessieren, zu erfahren, was das Verkehrsamt der Stadt Halle bisher zur Verbesserung des Arbeiterverkehrs getan hat. Wo ist hier das gleiche energische Streben zur Hebung des sozialen Verkehrs, wie wir es im Streben nach weiterem Ausbau der Luftverbindungen finden?

Aber, aber: dort der Kapitalist, hier der Arbeiter! So ist es eben in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Aus den Gerichtssälen.

Am Zuchthaus vorbei!

Eine Tragikomödie, die zeitweise vor und hinter dem grünen Tisch zur Heiterkeit zwang, von der Tribüne erst gar nicht zu reden — spielte gestern der Hohenthurmer Schlossermeister Bruno Kitzing, ein Mann von 46 Jahren, vor dem Schwurgericht Halle. Der Sünder hatte in Hohenthurm ein Kommissionsgeschäft einer hallischen Firma gehabt, die aus irgendeinem Grunde den Laden aufstieg, die Waren versteigern ließ und um den erzielten Verlust den K. verklagte. Der arme Teufel hatte kein Geld, zum Advokaten zu laufen und sonstwie sein Recht wahrzunehmen, so daß ihm der kapitalistische Charakter des Justizbetriebs recht eindringlich zum Bewußtsein kam. Versäumnisurteile, Pfändung, Offenbarungseid waren die nächsten Folgen. Letzterer wurde dem zum Sozius einer tottranken Apparate- und Rohrleitungsbau G. m. b. H. avancierten Kitzing vom Amtsgericht am 25. März 1926 abgenommen. Der Richter, ein abbaureifer alter Herr, nahm Kitzings Verzeichnis ohne Widerspruch entgegen, denn er fand die üblichen Dinge aufgeführt. Auch die Angabe, daß der Sozius bei 50 Prozent Beteiligung ganze 5 Prozent Gewinn zu beanspruchen habe, fand er in Ordnung. Selbst die 6000-Mark-Sicherungshypothek einer hallischen Bank und diejenige über 20 000 Mk. für seine Frau (beide auf Kitzings 1920 erbautes Haus eingetragen) erregten keinen Argwohn. Die rächende Nemesis zwang Kitzing, gestern vor Berufenheren als des Falscheides Beschuldigter jene drei Punkte zu erklären. Er redete reichlich konfuses Zeug, gab jeder früheren falschen Deutung noch eine, zwei gleich unmögliche, zu und redete sich gewissermaßen ins Zuchthaus. Schließlich konnte der Vorsitzende folgendes zum Gegenstand der Anklage machen: Der Angeklagte will mit jenen 5 Prozent aus dem Reingewinn zu zahlende Verkaufsprovision gemeint haben; die Sicherungshypothek der Bank habe er geglaubt, in der Höhe der Grundbucheintragung angeben zu müssen, die der Frau sei nach fünfjährigem Drängen sozusagen als Geschenk für geopferte Mitarbeit, Arbeit beim Hausbau, im Geschäft usw. gedacht gewesen. Der Staatsanwalt ging mit dem Konsistorialrat scharf ins Gericht und beantragte wegen vorsätzlichen Falscheides die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Nach langer Beratung wurde dem Ueberlistigen „Familienvater" das auf zwei Monate Gefängnis lautende Urteil verkündet, und ihm evtl. Strafaussetzung in Aussicht gestellt.

Der Zusammenbruch der Wohnungs-G. m b. H.

Wie wir seinerzeit berichteten, brach im August vorigen Jahres die Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H. durch Betrügereien der Leitung des Unternehmens zusammen. Die Wohnungsuchenden, die Anteile von 700 Mk. und noch mehr gezeichnet hatten, wurden um ihre eingezahlten Beträge geprellt. Der Hauptschuldige, Maurermeister Kramer, wurde wegen dieser Betrügereien zu 2 Jahren Gefängnis und der Geschäftsführer Radschikowsky zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Halle wurde die Strafe des Angeklagten Kramer auf 1 Jahr Gefängnis herabgesetzt, dagegen die Geldstrafe gegen Radschikowsky auf 1000 Mk. erhöht.

Fell-Liebhaber.

Beide waren dicke Freunde und waren auch beide arbeitslos. Am 17. November 1926 nach einer Kneiperei sind sie wohl beide aufgebrochen, die jugendlichen Kraftfahrer Fritz R. und Fritz St., um die Rauchwarenfirma Bringezu A.-G., in Schkeuditz, zu besuchen. Durch Einbruch in das Gründlingsche Anwesen in den Besitz eines Kahnes gelangt, wurde dann die Firma mit einem Zug 300 Opossumfelle im Werte von 3500 Mk. los. In Säcken verpackt, ließ sich die Beute gut mit dem Kahn wegschaffen. Der nahe Wald war das Versteck. Nach einigen Tagen wollte R. die Beute dort holen, wurde aber dabei erwischt. Der Gerichtshof blieb dabei, den Raub allein ausgeführt zu haben, während sein Freund in der „Börse" zechte. Der Zeuge, der ihm dies bestätigen sollte, versagte. Andere Zeugen bestritten die Möglichkeit, daß R. allein die „Arbeit" ausgeführt haben könne. — Die bestohlene Firma hat den größten Teil des Gestohlenen zurückerhalten. — Trotz starken Verdachts der Mittäterschaft mußte St. freigesprochen werden. R. erhielt 6 Monate Gefängnis.

Jugendbewegung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Unterbezirk Merseburg—Querfurt.

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im „Herzog Christian" in Merseburg unsere

Unterbezirkskonferenz

statt. Tagesordnung: 1. Aufgaben der SAJ. Referent: Genosse Moritz (Leipzig). 2. Jahresbericht. 3. Wahlen. 4. Verschiedenes (Bezirkskonferenz). Wir bitten alle Gruppen, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Unterbezirksleiter.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357.1).

Freitag: 3.30 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Konzert. 5.15 Uhr: Mitteilungen für Haus und Verkehr. 6 Uhr: Letzte Notierungen. 6.05 bis 6.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30 bis 7 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 7 bis 7.25 Uhr: Hauptmann Roeneicke: „Das Flugzeug im Dienste des deutschen Verkehrs und Handels". 7.25 Uhr: Schnee- und Wetterbericht. 7.30 Uhr: Uebertragung aus dem neuen Theater: „Königskinder", Oper in drei Akten von Humperdinck. 10.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.45 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Freitag: 12 bis 12.30 Uhr: B. K. Graef: „Sprechtechnik für Schüler". 3 bis 3.30 Uhr: Med.-Rat Dr. Seiffert: „Gesundheit und Ehewahl". 3.30 bis 4 Uhr: Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. 4 bis 4.30 Uhr: Prof. Dr. Streicher: „Deutsche Muttersprache". 4.30 bis 5 Uhr: Aus dem Zentralinstitut (Berichte). 5 bis 5.30 Uhr: Geh. Rat Prof. Dr. von Schulze-Gävernitz: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika". 5.30 bis 6.30 Uhr: Prof. Dr. Rothacker: „Geschichte und Geschichtsbeschreibung". 6.30 bis 7 Uhr: Englisch für Anfänger. 7 bis 7.30 Uhr: Oberl.-Rat Keiser: „Ernährungsgewohnheiten und Ernährungsgrundlagen in der Welt". 7.30 bis 8 Uhr: Wissenschaftl. Vortrag für Aerzte. Ab 8.30 Uhr: Uebertragung von Hamburg: „Lieder aus deutsche Land".

Aus dem Geschäftsleben.

Hafernährmittel. Zutreffend, heute mehr denn je, ist, was Professor Ottfried Müller, Tübingen, schon vor dem Kriege schrieb: „Betrachtet man die Nährpräparate unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit — und dieser ist für die größere Anzahl aller Menschen doch ein recht wesentlicher — so treten naturgemäß die aus tierischen Stoffen, namentlich aus Fleisch gewonnenen, in den Hintergrund, und die aus Pflanzenbestandteilen hergestellten gewinnen an Bedeutung." In sehr interessanten und lesenswerten Ausführungen bringt er den Beweis seiner Worte durch Berechnung der verschiedensten Nährmittel, unter denen er Knorr Haferflocken an bevorzugter Stelle anführt. Es verdient aber auch noch eine andere beachtenswerte Eigenschaft dieses Erzeugnisses gewonnen zu werden, nämlich seine Geeignetheit für die Diätetik, durch Magen besondere Rücksicht erfordert: Magenleidende und Säuglinge.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen** Dieselben sind stets frisch und ausgiebig 447
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰, 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh.: Georg Ritter. Gr. Steinstr 76.

Der Maurerstudent.

21 Roman von Erdmann Graeser.

„Ist aber keiner", sagte der Sanitätsrat, „es entführt einem nur so wie ein Schluckauf!" Dann setzte er sich aufs Sofa und begann sich die Haare aus der Nase zu reißen.

„Aus Willys so ganz verändertem Wesen schließt Großmama, daß der Junge Liebeskummer hat!"

„Oder Bauchschmerzen!"

„Willst du in diesem Ton . . .?"

„Nee — ich kann ja auch tragisch werden. „Liebeskummer ist eine Verwirrung des Verstandes. Man verzichtet auf seinen Stolz und macht sich lächerlich, indem man seufzt und den Mond als eine Person ansieht, mit der man sprechen kann."

„Das hast du sicherlich nie getan!"

„Mit dem Mond gesprochen? Doch — als Student, wenn ich aus der Kneipe kam."

„Geh in deine Kneipe — geh, geh, geh — ich will dich nicht halten, mach dich zum Clown!"

Der Sanitätsrat war so vorsichtig, kein Wort mehr zu erwidern. Er stand auf, ging ganz langsam nach der Tür, schloß sie dann aber schnell von draußen.

•

Um dieselbe Stunde war Willy auf dem Wege nach dem Laubengelände, denn Bergholz hatte ihm gesagt: „Na — jetzt kannste kommen — Just — et is alles bei uns in's Lot!"

Es war nun die Zeit der langen, hellen Abende, wenn die Schwalben in der Luft schrillen, alle Turmfenster im Abglanz des letzten Sonnengoldes lodern und in den Menschen eine Sehnsucht erwacht nach Harmonie des Daseins, des tagsüber so verhetzten Daseins.

Die Straßen wurden einsamer, auch die Häuser blieben endlich zurück, das Pflaster hörte auf — nun war freier Ausblick über das niedrige, tiefgelegene Laubengelände, das sich bis zum Kiefernsaum hinzog.

Wie sehr hatte sich das Bild verändert seit jenem Tage im Frühling, als Willy zum erstenmal hierher gekommen war. Die Bretterlauben und schwarzen Papphäuschen verschwanden jetzt im Grün, nur die Türmchen und Dächer mit ihren Abzeichen ragten noch hervor. Ueberall grub und harkte man oder schleppte aus Regentonnen Wasser herbei. Töne der Ziehharmonika klangen durch die Abendstille und fröhliche Kindertimmen.

„Ja, — es war das „Paradies der kleinen Leute". Willy empfand es, wie er, seit der Unterhaltung mit Stickert, jetzt oft solchen Regungen zugänglich war. Er spürte, daß in seinem Wesen eine Wandlung vorging, daß die innerliche Scheidewand abbröckelte, daß er — — —

„Ach, er wußte ja selbst nicht, was in ihm vorging, merkte nur, daß er jetzt ganz von seinen Gefühlen geleitet wurde und daß er sich willig dieser Macht unterwarf — unterwerfen wollte.

Die Sonne stand als rotglühende Scheibe am Horizont, zarte bläuliche Schleier stiegen von der Erde auf — da hatte Willy die Bergholzsche Laube endlich gefunden.

Aber das erwartete Familien-Idyll war nicht vorhanden. Lizzie, die bei seinem Anblick in freudigem Erschrecken die Hand aufs Herz gedrückt, sagte zur Erklärung: „Is doch heute Sonnabend! Vater war schon hier, hat auch jegessen, aber denn is er wieder weggeradelt, weil er die Kanarienhecke nach rausholen wollte, sonst haben die armen Biesters ja morgen früh nicht zu fressen. Aber dann is er nicht wiederjekommen, und da hat sich Mutter selber aufjemacht, um die Tiere zu holen — vielleicht, daß sie Vatern auch gleich mitbringt."

Sicherlich hatte Bergholz seinen schwarzen Tag — mußte tanzen.

„Na, nu komm man rin, dann bin ich doch wenigstens nicht mehr so alleine, setz dir hier auf die Banke!"

Da war ein Holunderbusch und eine grüne Lattenbank. Ringsum in der lockern, schwarzen Erde, wuchsen Salat, Petersilie und Zwiebeln.

„Warte mal, ich mach dir 'n paar Radieser zurecht und 'ne Stulle mit jehackten Schnittlauch — Salz druff, dann schmeckt es sehr fein!"

„Laß man, ich habe schon gegessen."

„Nee, das darfste mir nich abschlagen — auch ein Solei kannste kriegen." Sie verschwand in dem Bretterhäuschen kam aber bald wieder zurück und stellte den Teller vor ihn hin. „Da — eß'!

Er wollte sie nicht kränken und langte nach dem Brot und den Radieschen.

„Die schmecken anders als die jekooften — wat?" fragte sie, nahm selbst ein Radieschen, stippte es in das Salz und aß es. „Alles, was wir an Jemüse brauchen, ziehen wir uns selbst. Mutter versteht wat von die Landwirtschaft — sie war mal uff eenen Jut in Stellung, da hat sie auch Kühe melken lernen und Ziegen."

„Wann wollte denn Mutter zurück sein?"

„Vielleicht kommt sie auch jarnich, wenn sie Vatern nich findet. Dann schläft sie wieder zu Hause, daß sie ihn in der Frühe abfängt, wegen die Leute. Denn dann kommt er nie nach die Laube, jetzt immer nach die Wohnung. Ich weeß det noch vorjet Jahr."

„Und du?"

„Na — einer muß doch hier sein, sonst wird injebrochen — wir haben doch ooch Karnickels und Hühner."

„Vor dir fürchtet sich doch keiner!"

„Vor mir?" sie richtete sich in ihrer ganzen Größe auf — ein starkes, kraftvolles Mädchen. „Drinne liegt die jeladene Pistole. Ick schieß sofort, wenn eener am Hühnerstall is, und ick schlafe nich feste."

Sie kam zu ihm, hob seine Arme und drückte die Handflächen gegen die seinigen. „So kennste mir noch janich — wat?"

„Nein!"

„Ueberhaupt — überhaupt du kennst mir janich, wie ick bin!"

„Wie bist du denn?" fragte er belustigt.

„So" — sagte sie, drückte sich schnell und küßte ihn. „So bin ick — siehste, so bin ick!"

Sie setzte sich zu ihm und legte den Arm um seinen Hals. „Kommt dir wohl alles bloß komisch vor?"

„Ach Lizzie, wenn du ahntest, was ich in dieser Zeit jetzt durchkämpfe."

„Ich kann's mir ja denken, aber nur is's doch mal so wie es ist! Jlücklich is, wer verjißt, wat nich mehr zu ändern is" — summte sie in sein Ohr. Und gleich darauf wie ein Hauch: „Was du für kleine Ohren hast — wie'n Mächen! Aber bu bist janz nach deine adlige Mama!"

Sie erwartet keine Antwort, schmiegte sich nur enger an ihn und fragte ein Weilchen später „Siehst du schon einen Stern — ick sehe einen!"

Ja — es war dunkel geworden, die Nacht kam. Sie zählten die Sterne, die sie sahen, aber als es ihrer zu viel wurden, gaben sie es auf. Wenn nicht er, so küßte sie ihn, oder sie verharrten in stummem Glücksgefühl. Bis ihr Kopf auf seine Schulter sank, ihr Atem verriet, daß sie eingeschlafen.

Er wagte sich nicht zu rühren, fühlte, daß auch ihn die Müdigkeit überkam, ihn sächsischös überwältigte.

Der erste Hahnenschrei in der Kolonie weckte sie. Verlegen und verwirrt erhoben sie sich.

„Ich muß ja heim" — sagte er — „Gott sei Dank, daß Sonntag ist!"

„Und Mutter ist nich jekommen!"

„Es wird schon hell!"

Ein violettes Licht färbte die Gegend, überall hörte man Hähne krähen, ein strahlender Morgen brach an.

„Hoffentlich komme ich ungesehen ins Invalidenhaus, sonst hab ich Verdruß mit den Großeltern."

„Willst du da nich lieber fort von sie, wo du dir doch nu eine Stube nehmen kannst?"

Doch sie trösteten beide zu sehr, um diese Frage jetzt ernsthaft zu behandeln.

„Bleib hier" — sagte sie — „ich koche uns einen starken Kaffee."

Einen Augenblick schwankte er. „Nee — Lizzie — ich muß fort!"

„Wann kommste wieder?"

„Sobald ich kann."

„Also morgen — nee, is ja schon Sonntag, also heute nachmittag?"

„Vielleicht — ich kann's nicht sagen, ich muß alles überdenken."

„Wenn du Sehnsucht hast, kommst du, wenn nich — denn nich!"

Er küßte sie noch einmal und ging. So oft er sich umwandte, sah er, daß sie ihm nachwinkte.

15.

Als Willy um die Mittagsstunde in der Wohnung der Großeltern erschien, fand er das alte Paar merkwürdig verändert in seinem Verhalten zu ihm. Ein Gemisch von Trauer, Verlegenheit und Abweisung. Man vermied es mit ihm zu sprechen, unterhielt sich von ganz entlegenen Dingen und überhörte geflissentlich seine Einmischungen.

So verging die Mahlzeit, bei der die alte Aufwärterin bediente, nicht gerade behaglich. Als man dann aufstand, fragte Willy: „Was habt ihr gegen mich?"

Großmama stieg jäh das Blut in das Gesicht, sie wollte heftig etwas erwidern, aber der Oberst kam ihr zuvor. „Nicht doch, Charlotschen — keine Aufregung! Du weißt doch! Ich spreche schon mit ihm — in seinem Stübchen. Geh nur —" wandte er sich an Willy — „ich komme gleich nach."

Willy sah verwundert von einem zum andern, wollte antworten, unterließ es aber, als er bemerkte, wie aufgeregt die alte Dame war. So nickte er nur, ging die halbe Treppe hinauf in seine Kammer und brachte Bett und Kleiderschrank schnell noch in Ordnung, um Großvaters Besuch empfangen zu können.

Und dann kam der Oberst — der „Herr Oberst", vor dem er als kleiner Junge, trotzdem der Alte ja sein Großvater war, immer ein wenig Angst gehabt hatte. Er hatte den schwarzen Rock mit dem Ordensband an und hielt sich sehr gerade.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192701 27-14/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Wer vernichtet den Mittelstand?

Eine der beliebtesten Agitationsmethoden ist bekanntlich die, der Sozialdemokratie nachzureden, sie sei mittelstandsfeindlich und wolle den Mittelstand vernichten. **Die Sozialdemokratie kann weder den Mittelstand vernichten, noch kann sie die Vernichtung desselben aufhalten.** Die Statistiken beweisen, daß durch die Zusammenlegung des Großkapitals und Errichtung von Großbetrieben und Riesenwarenhäusern ein ständiger Rückgang der kleinen Existenzen vor sich geht. Nicht nur im Handwerk, Handel und Verkehr, sondern sogar bei der Landwirtschaft.

Je mehr das Großkapital sich entfaltet, desto mehr werden die kleinen Existenzen verschwinden. Daraus geht hervor, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern das Großkapital die kleinen Existenzen verdrängt und vernichtet.

Gelegentlich wird diese Entwicklung auch von den Gegnern der Sozialdemokratie zugegeben. Es dürfte noch unsere Leser interessieren, was ein thüringischer Staatsminister, vom thüringischen Ordnungsblock, also rechtsparteilich gerichteten Männern gewählt, vor nicht allzu langer Zeit darüber ausgeführt hat. Anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl in Thüringen zitiert unser Parteiorgan in Jena, „Das Volk", jetzt den entsprechenden Passus einer Rede des thüringischen Staatsministers Dr. von Klüchtzner. Dieser sagte in seiner Staatsrede vom 29. Oktober 1925:

„Zahlreiche Kräfte, die früher der Produktion dienten, vermehren oder verlängern heute noch die Wege vom Produzenten zum Konsumenten; sie alle wollen verdienen, und gut verdienen, um leben zu können — die Folge ist eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung! Die natürliche Entwicklung der Dinge muß also dahin führen, daß eine große Zahl der heute noch zwischen Produzenten und Konsumenten eingeschalteten Kräfte durch die ehernen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder gezwungen werden, zur Produktion zurückzukehren, durch deren Steigerung uns allein geholfen werden kann! (Lebh. Hört, hört! links)

Klüchtzner sagt also hier mit dürren Worten, daß eine viel zu große Mittelschicht besteht, die man als Mittelstand bezeichnet, und die verschwinden müsse. Den Ausführungen des Junkers v. Klüchtzner wurde im Thüringer Landtag von keinem der „Ordnungs"bundpolitiker widersprochen, ja man jubelte sogar am Schluß den Ausführungen des Junkers v. Klüchtzner zu. Selbst die Mittelständler fanden kein Wort der Erwiderung auf die Ausführungen des Junkers v. Klüchtzner. Und heute versuchen dieselben Leute den Mittelschichten plausibel zu machen, daß die Sozialdemokratie ein Feind des Mittelstandes sei. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Die Jahrtausendfeier von Nordhausen.

Das Städtische Verkehrsamt in Nordhausen teilt mit:

„Für die Jahrtausendfeier der Südharzstadt Nordhausen sind drei Hauptfesttage vorgesehen. Die Feier findet kurz vor Pfingsten, an den Tagen vom 27. bis 29. Mai 1927, statt. Das voraussichtliche Programm nennt u. a.: allgemeines Volksfest auf dem zu den größten Stadtplätzen Deutschlands zählenden Neumarkt, der als Festplatz ausgestaltet wird; Festgottesdienst in den Kirchen der Stadt; einen Fackelzug; Festvorstellungen im Stadttheater und den großen historischen Festzug. Nebenher gehen sportliche Wettkämpfe im Stadion und auf der Radrennbahn, eine Gewerbeausstellung und die Einweihung des in hervorragender Lage, im Angesicht des Harzes errichteten Nordhäuser „Rosengartens". Die Festgäste an auswärtige Besucher zu Kongressen, Ausstellungen usw. besteht aus einer in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen geschlagenen Erinnerungsmünze und einer reich ausgestatteten Festschrift. Die Festrede wird durch Rundfunk verbreitet werden."

Sangerhausen. Eine Heldentat. In dem Eisenwerk „Barbarossa", A. Eberhardt u. Ko., sollen aus einer Abteilung (Schlosserei) fünf Mann entlassen werden. Um nun nicht alle Kollegen dem Straßenpflaster preiszugeben, hatte sich der Betriebsrätevorsitzende (Richtung Amsterdam) dafür eingesetzt, daß einige Arbeiter behalten und in der Putzerei mit untergebracht werden sollten. Was geschah nun? Das Betriebsratsmitglied dieser Abteilung, ein strammer Moskowiter, Rot-Front-Kämpfer und eifriger Leser des „Klassenkampf", lehnte dieses Ansinnen ab und gab dem Meister zur Antwort: „Wir kommen so nicht auf unseren Lohn; nachher verdienen wir noch weniger." Hier muß erwähnt werden, daß in dem Betrieb neun Stunden und darüber gearbeitet wird. In den Erwerbslosenversammlungen heißt es aber immer: „Die SPD.-Leute sind schuld, daß wir auf der Straße liegen. Die SPD.-Bonzen sind die Verräter am Achtstundentag." Ist das kommunistische Betriebsratsmitglied nicht wirklich ein Musterknabe? Was würde der „Klassenkampf" schreiben, wenn er von einer solchen Heldentat eines Amsterdamers hören würde? Aber warum hat auch der betreffende Kollege in der Metallarbeiterversammlung gegen die KPD. gearbeitet? Strafe muß sein. Hoffentlich trägt dieses Vorkommnis dazu bei, daß bei der nächsten Betriebsratswahl die Kandidaten etwas genauer betrachtet werden!

Kelbra. „Freies Volk". Ein sozialistischer Film mit packendem Inhalt wird am Freitag, dem 28. Januar, in der „Sängerhalle" gespielt. Wir erwarten, daß die Kelbraer Arbeiter sich die anerkennenswerte Tat des Unternehmers, der bestiebt ist, allen monarchistischen Kitsch fernzuhalten und dafür Filme auf, die der Weltanschauung des Arbeiters gerecht werden, durch Massenbesuch unterstützt.

Kelbra. Sozialdemokratische Kommunisten. Gibt es so etwas? Dem Namen nach nicht, wohl aber in der Praxis. Wir haben hier und da kommunistische Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, deren Tätigkeit sich in nichts von denen sozialdemokratischer Ortsverwaltungen unterscheidet. Eine solche Ortsgruppe besteht nun auch in Kelbra. In der vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung der Holzarbeiter wurde der bisherige Vorstand, der sich aus „Kommunisten" zusammensetzt, einstimmig wiedergewählt. An diese Tatsache knüpft nun der „Klassenkampf" die Bemerkung: „Somit haben wohl die Kollegen Rößler und Setzer sind von der SPD. den besten Beweis ihres Vernichtungsfeldzuges gegen die verdammte KPD. erhalten." Dieser, in anständigem Tone gehaltene Satz ist der schärfste im ganzen Artikel. Schon daraus kann jeder Leser feststellen, daß dieser Kelbraer „Klassenkampf"-Berichterstatter ein ganz anderer Typ ist als beispielsweise Otto Kilian. Trotz alledem müssen wir folgendes feststellen: Es gibt in Kelbra keine KPD. im Sinne Ledemanns und Koenens! Wir haben also auch keinen Grund, örtlich einen Vernichtungsfeldzug gegen sie zu führen. Was sich in Kelbra kommunistische Ortsgruppe nennt, das sind „Kommunisten", die, wenn sie ehrlich sein wollten, ihren Namen aufgeben und der SPD. beitreten müßten. Da sie das nicht tun, werden wir selbstverständlich mit ihnen um die Seele des Arbeiters ringen, alles weitere aber der Entwicklung überlassen, die, dessen sind wir gewiß, trotz aller hallischer Rundschreiben und Parolenbriefe, die Einigung der Kelbraer Arbeiterbewegung bringen wird. Denn zwei Parteien mit gleicher Politik gehören zwangsläufig zusammen. So und nicht anders ist die Haltung der sozialdemokratischen Holzarbeiter zu verstehen. Genosse Rößler hat in der Generalversammlung selbst die Wiederwahl des Vorstands befürwortet und in einer früheren Versammlung dem Sinne nach erklärt: „Wir haben in diesem Jahre nicht den geringsten Grund, dem Vorstand das Mißtrauen auszusprechen. Er hat gute sozialdemokratische Gewerkschaftsarbeit geleistet." Wir freuen uns dieser Entwicklung, da sie im Interesse der Arbeiterbewegung liegt. Diese Entwicklung vorwärtszutreiben, wird auch weiterhin unsere Aufgabe sein, und wir wissen, daß praktische Gewerkschaftsarbeit immer noch die beste Erziehung zum Sozialisten ist. Bei der KPD.-Zentrale nennt man das: „Opportunistische Schweinereien."

Eilenburg. Die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre findet am Montag, dem 31. Januar, nachmittags 5 Uhr, im „Roberstift" statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Neuwahl des Bureaus und ein Antrag auf Errichtung eines Bades in der Herberge zur Heimat. — Die Unfallmeldestellen der Arbeiter-Samariterkolonne befinden sich bei: Paul Köditz, Schulstraße 14 II; Alfred Förster, Eckartstraße 28 part; Emil Köppchen, Flügelstraße 6 a; Alfred Pause, Dübener Straße 75 II. Krankentransporte werden jederzeit kostenlos ausgeführt, ebenso die Stellung von Krankenpflegen und Nachtwachen. Die Verleihung von Krankenpflegeartikeln geschieht durch Paul Köditz, Schulstraße 14 II, kostenlos. Die Kolonne richtet den Appell an die Arbeiterschaft, mehr denn je die von der Arbeiterschaft eingerichteten Institutionen zu unterstützen und nur diese in Anspruch zu nehmen.

Eisenhammer. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Waldwirtschaft „Eisenhammer" verübt. Durch eine eingeschlagene Fensterscheibe drangen die Diebe in das Innere und rafften alles Erreichbare zusammen. Gestohlen wurde unter anderem ein großer Posten Zigarren, Zigaretten, Schokolade und eine Anzahl Wäschestücke. Weiter erbrachen die Täter dann noch den Stall, in dem sich außer einigen Hühnern zwei Schweine befanden. Als plötzlich ein Hund anschlug, ließen sie die Schweine, auf die sie es offenbar abgesehen hatten, im Stich und verschwanden unter Mitnahme der Hühner. Wie verlautet, ist man den Dieben schon auf der Spur.

Torgau. Seelenverkäufer. Einen Versuch, junge Leute der Fremdenlegion auszuliefern, unternahm der 1887 geborene Händler Walter Fischer aus Jagsal (Kreis Schweinitz). Er richtete im Jahr vorigen Jahres einen Brief an das französische Generalkonsulat in Berlin und teilte mit, daß er zwei junge Burschen im Alter von 18 Jahren an der Hand habe, die große Lust verspürten, in die Fremdenlegion einzutreten. Es wäre am besten, wenn zu diesem Zweck ein Auto zur Verfügung gestellt werden würde. Ferner richtete er die Anfrage an das Konsulat, wenn, wo und wieviel Löfcgeld dabei abfallen würde. Erteuflicherweise blieb diese Schandtat beim Versuch. Die deutschen Behörden kamen durch irgendeinen Umstand hinter das Treiben des Mannes und leiteten die Untersuchung ein. Es handelte sich um zwei junge Burschen aus Jagsal, die in der Familie des Fischer öfter verkehrten. Kürzlich hatte sich der Beschuldigte vor dem Großen Schöffengericht Torgau zu verantworten. Er bestritt die Schuld. Die Hauptverhandlung und vor allem das Gutachten des Schreibsachverständigen Dr. Schatz (Halle) ergaben die Schuld des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. Ein Monat Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. Zur Entschuldigung des Angeklagten kann vielleicht angenommen werden, daß er in Büchern einmal gelesen hat, daß in früheren Zeiten es ein einträgliches Geschäft deutscher Fürsten war, ihre Landsleute, die sie selbst „Untertanen" nannten, an fremde Staaten zu verkaufen. Die Nachfahren dieser Seelenverkäufer sind ja dieselben, die das deutsche Volk heute noch schröpfen, indem sie Abfindungen für die von den Vorfahren auf solche Art zusammengerafften Güter fordern. Es sollte sich aber jeder den Spruch merken: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe." Das sagte mal ein preußischer Minister vor dem Kriege. Nach unserer Ansicht ist es aber in jedem Fall eine Gemeinheit gewesen.

Schweinitz. Austritt aus der Kirche. Unser Genosse Hagen trat vor kurzem aus der Kirche aus. Der Herr Pfarrer hielt es für notwendig, dies in seiner letzten Sonntagspredigt seiner Gemeinde von der Kanzel herunter mitzuteilen. Wollte der Herr Pfarrer damit erreichen, daß dem Beispiel des Genossen Hagen noch andere Arbeiter folgen? Anders können wir uns das Verhalten des Geistlichen nicht denken.

Liebenwerda. Bahnhofswirtin und Reisende. Zur Annehmlichkeit des reisenden Publikums ist fast jeder Bahnhof mit Warteräumen versehen. Daß ein Warteraum, besonders bei kalter und schlechter Witterung, unbedingt nötig ist, bezweifelt kein Reisender, aber nicht einzelne Bahnhofswirte. So manches Bahnhofswirt steht anscheinend auf dem Standpunkt, daß Bahnhof und Reisende nur für ihn da sind. Ein lehrreiches Beispiel dieser Art konnte man auf dem hiesigen Bahnhofe beobachten. Eine Frau aus Mückenberg versäumte einen Zug und nahm im Warteraum Platz, um mit dem nächsten Zuge zu fahren. Die Frage der Bedeutung nach ihren Bedürfnissen wurde verneint. Darauf wurde der Frau ein Platz neben der Tür angewiesen. Die Bahnhofswirtin schien jedoch damit nicht einverstanden zu sein. Nach kurzem Blick wurde der Frau bezeichnet, daß Aufpasser (!) im Warteraum nicht geduldet würden. Dies sei auch nicht zu ändern, wenn eine Fahrkarte vorhanden sei. Wenig schöne Bemerkungen der Wirtin veranlaßten die weinende Frau, den Warteraum zu verlassen und Schutz beim Bahnhofsvorsteher zu suchen. Die Reichsbahndirektion sollte es sich angelegen sein lassen, für ausreichenden Schutz des Publikums gegen Uebergriffe dieser Art von Bahnhofswirten zu sorgen.

Mühlberg. Die Elternberatsitzung am 21. Januar befaßte sich neben anderem mit der Rechnungsprüfung vom letzten Kinderfest. Hierbei war nichts zu erwähnen. Neben anderen Tagesordnungspunkten waren Beschwerden bürgerlicher Eltern über den Stellvertreter Christ, Herrn Pfarrer Grützer, Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Körperliche Strafen, Straf-Schreibarbeiten, Ausschluß der Konfirmanden vom Unterricht besonders wegen Versäumnis des kirchlichen Gottesdienstes bringen den Nachfolger Jesu zu in Mißkredit, daß die ganze gläubige Stadtgemeinde nur den einen Wunsch hat: Wea mit dem orthodoxen Stadtpfarrer! Besonders die frühe Konfirmandenstunde um 7 Uhr will die Elternschaft gern abgeschafft wissen. Es sollen Schritte eingeleitet sein, um den Herrn Wunsch, zeitig pensioniert zu werden, zum Ziele zu bringen. Die Gegner der Kirche könnten allerdings auslufen: Möge er uns noch recht lange erhalten bleiben.

Falkenberg. Gemeindevertretersitzung. Montag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, findet im Gasthof „Zum goldenen Anker" die erste diesjährige öffentliche Gemeindevertretersitzung statt.

Cölsa bei Falkenberg. Verhafteter Schwindler. Hier wurde ein Schwindler namens Alfred Wellner aus Wurzen verhaftet. Dieser hatte es dadurch daß er den Leuten erzählte daß er eine Abfindungssumme von der Reichsmarine in Höhe von 12 000 Mk. erhalte — diese hat er mehreren Landwirten als Hypothek angeboten, so auch einem Landwirt in Cölsa, — verstanden, Dumme zu angeln. Um sein Verhalten erklären zu können, ließ er sich von dem Landwirt F. 50 Mk. geben und lebte noch 8 Tage auf Kosten der Familie F. in Cölsa bis derselbe Verdacht schöpfte und die Polizei verständigte. Nach unserem Leugnen mußte W. zugeben, daß er niemals bei der Marine gewesen ist.

Blumberg bei Falkenberg. Die Arbeitslosigkeit ist eine feine Sache. Natürlich für die Ausbeutungslustigen. Auch unser Ort wird in diesem Jahre wieder von Arbeitslosigkeit heimgesucht. 20 Arbeitslose haben sich bis heute gemeldet. Dem Gemeindevorsteher kamen die Arbeitslosen gerade recht. „Es ist gut, daß ihr kommt, sonst hätten wir Arbeiter einstellen müssen!" so wurden die Arbeitslosen empfangen, denn die Blumberger Gemeindestraßen befinden sich in einem sehr schlechten Zustande und unsere Arbeitslosen wurden zur Pflichtarbeit herangezogen. Als sie aber die im Artikel 7 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vorgesehene Entschädigung für Pflichtarbeit verlangten, da ist angeblich kein Geld da, während für unsere Herren Landwirte, die die Fuhren für die Pflichtarbeit machen, Geld da ist. Merkwürdigerweise scheint man auch beim Kreisarbeitsamt in Liebenwerda auf dem Standpunkt zu stehen, daß die im Artikel 7 erwähnte Entschädigung eine Kann-Vorschrift ist, während es doch da ausdrücklich heißt: „Der Träger der Pflichtarbeit soll den Erwerbslosen für Mehraufwendung, die ihm bei ordnungsmäßiger Ausführung der zugewiesenen Arbeit entstehen, aus eigenen Mitteln eine angemessene Entschädigung gewähren." Hier ist es Zeit, daß die Aufsichtsbehörde einmal eingreift. Die Gemeinde hätte für die Pflichtarbeit, die jetzt die Arbeitslosen machen, Arbeiter annehmen müssen (eigene Worte des Gemeindevorstehers). Nun ist es wohl nicht zuviel verlangt, daß man den Arbeitslosen diese kleine Entschädigung, die durch Artikel 7 gewährt ist, auch hier gezahlt wird. Traurig ist es, daß in einem Orte mit einer Arbeiterbevölkerung wie Blumberg dauernd noch darum gekämpft werden muß. Auch im Vorjahr war es nicht anders. Hoffentlich merkt sich dies die Arbeiterschaft von Blumberg, und hoffentlich besinnt sie sich bald auf ihre eigene Stärke. Denn nur, wenn wir uns unserer Stärke bewußt sind und uns fest an die große Arbeiterpartei — die Sozialdemokratische Partei — angliedern, wird man uns auch in Zukunft in der Gemeinde mehr achten. Nebenbei sei noch gesagt, daß auch die Anträge auf Erwerbslosenunterstützung 3 bis 4 Wochen auf sich warten lassen. Auch darum müßte sich die Aufsichtsbehörde einmal kümmern.

Bockwitz. Einschulungen. Ostern werden hier 82 Kinder eingeschult, während 65 zur Entlassung kommen. Die Zahl der Schulkinder vermehrt sich daher um 17 und beträgt dann rund 540.

Grünewalde. Aus der Gemeinde. Die am verflossenen Sonnabend stattgehabte Gemeindevertretersitzung war die erste im neuen Jahre. Der Gemeindevorsteher Genosse Dietrich nahm denn auch Gelegenheit, kurz auf die arbeitsreiche Periode im Jahre 1926 hinzuweisen. Ein Jahresbericht wird noch vorgelegt. Dem Hilfsverein für Taubstumme in der Provinz Sachsen wurde als Jahresbeitrag 5 Mk. bewilligt. Ein Angebot der Firma Kämper u. Seeberg (Berlin) über Holzwohnhäuser wird Interessenten zur Beachtung empfohlen. Von dem Dankschreiben des Reichsdeutschen Blindenvereins für bewilligte Beihilfe wird Kenntnis genommen. Sodann wird bekanntgegeben, daß die für Benutzung von Gemeindegrundstücken zur Erstellung elektrischer Betriebsanlagen festgesetzten Gebühren von dem beteiligten Werk anerkannt und gezahlt sind. Die Anlieger der Kopnestraße wünschen die Anbringung einer Straßenlampe an der Kreuzung Kopnestraße-Heidemühlweg. Da die Straßen nur teilweise bebaut sind, soll über den Antrag entschieden werden, nachdem durch Besichtigung und Feststellung des Verkehrs an dieser Stelle die Notwendigkeit der Beleuchtung feststehend ist. Die Erwerbslosen der Gemeinde ersuchen um Gewährung einer Mietsentschädigung. Gleichzeitig wird die Zahlung einer Entschädigung für geleistete Pflichtarbeiten beantragt. Nach Erläuterung der in Betracht kommenden Bestimmungen wird beschlossen, für Mietsentschädigungen einen Betrag von 100 Mk. bereitzustellen. Die Erwerbslosen sind gehalten, Anträge einzeln zum Zwecke der vorgeschriebenen individuellen Prüfung einzureichen. Der Zahlung einer Entschädigung für Pflichtarbeiten wird bei ordnungsgemäßer Ausführung der zugewiesenen Arbeiten mit dem Höchstsatz von 50 v. H. der gezahlten Erwerbslosenhauptunterstützung zugestimmt. Der Kaufvertrag zwischen der Gemeinde und dem Landwirt Grüger betreffend den Erwerb eines Grundstückes zum Zwecke der Anlegung eines Sport- und Spielplatzes wird bekanntgegeben. Der Kaufpreis für das 14 Morgen große Gelände beträgt 5600 Mk. und wird in zwei Ratenzahlungen, Schlußzahlung am 1. April 1927, berichtigt. Die Pachtungen von Parzellen dieses Landes sind zum 1. Oktober 1927 aufgekündigt. Die Gemeindevertretung ist von dem Abschluß des Kaufvertrages befriedigt. Nachdem nunmehr die Entscheidung der Kreisabteilung Liebenwerda im Verband der preußischen Landgemeinden in Sachen Aufwertung von Gemeindeanleihen vorliegt, wird beschlossen, die vier bei der Kreissparkasse aufgenommenen Darlehen mit 12½ Prozent aufzuwerten. Die baldige Rückzahlung der aufgewerteten Darlehen wird erwogen. In der Angelegenheit, betreffend die Erhebung von Gebühren bei Anschlüssen von Neuanlagen und Erweiterungsbauten an das Ortsleitnetz wird nunmehr beschlossen, pro Brennstelle 4 Mk. Gebühr zu erheben. Die Zahlungsfrist beträgt 6 Monate. Damit der Bau der Ortsleitnetzerweiterung auf dem sogenannten Berg bald beginnen kann, wird nunmehr beschlossen, Auftrag unter Zugrundelegung des Kostenanschlages von 2308 Mk. an das Ueberlandwerk in Falkenberg zu erteilen. Aus der Mitte der Gemeindevertretung wird sodann noch angeregt, die ganze Ortsbeleuchtung einer Kontrolle zu unterziehen, das Straßenniveau nach Bockwitz, welches nicht chaussiert ist, besser herzurichten sowie die Fuhren in der Gemeinde meistbietend zu verpachten. Die vom Gemeindevorsteher angegebenen Gründe, welche für die nichtmeistbietende Vergebung von Fuhren angeführt wurden, fanden allseitige Anerkennung. Eine Anregung des Gemeindevertreters Magister, den Angestellten der Gemeinde nachträglich die durch Ministererlaß verfügte Weihnachtssonderzahlung zu gewähren, fand keine Gegenliebe, zumal behauptet wurde, die Gemeindeangestellten würden sehr gut bezahlt, was allerdings der Verwaltung bisher nicht bekannt war. Im allgemeinen verlief diese erste Sitzung im neuen Jahr ohne Störung und wurden alle Beschlüsse ohne Widerspruch einstimmig bekundet.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 27. Januar 1927.

Die Merseburger Wohnungsmangelverordnung.

Vom Kammergericht für rechtsunwirksam erklärt.

Ein hiesiger Einwohner W. war vom Amtsgericht in Merseburg verurteilt worden, weil er ohne Genehmigung des Wohnungsamtes eine Wohnung in einem Mietshause bezogen hatte. Die Strafkammer in Halle sprach aber W. frei, weil er in gutem Glauben gehandelt und angenommen habe, das Wohnungsamt sei damit einverstanden, daß er die betreffende Wohnung beziehe. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, das die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückwies und ausführte, die Wohnungsmangelverordnung für Merseburg vom 31. März 1925 könne nicht durchweg als rechtswirksam angesehen werden. Nach §§ 1—6 des Wohnungsmangelgesetzes könne bei außergewöhnlichen Mißständen die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Behörden zu gewissen Anordnungen und Maßnahmen ermächtigen und verpflichten. Die strafrechtliche Gültigkeit der auf Grund solcher Ermächtigungen erlassenen Anordnungen sei nicht nur davon abhängig, daß die im Gesetz vorgesehenen Ermächtigungen und Zustimmungen tatsächlich erteilt seien, es müsse auch aus ihrer Verkündigung für jedermann erkennbar sein, daß diese Voraussetzungen, von denen die Gültigkeit der Anordnungen abhänge erfüllt seien. Es müsse dem Bürger zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Anordnungen mit Ermächtigung und Zustimmung der von Gesetzgeber bestimmten Behörden erlassen seien. Andernfalls können die für die Zuwiderhandlungen gegen derartige Anordnungen vorgesehenen Strafandrohungen nicht gegen die Bürger wirksam werden. Der abweichenden Auffassung des Reichsgerichts könne sich das Kammergericht nicht anschließen. Aus der Wohnungsmangelverordnung für Merseburg erhelle nicht, daß der Reichsarbeitsminister die erforderliche Zustimmung erteilt habe. Die in Rede stehende Wohnungsmangelverordnung entbehre mithin der strafrechtlichen Gültigkeit.

Rothbach. Nicht verhaxeln lassen. Hier steht man vor der Platzenwahl. An 20 Bewerber meldeten sich, drei kamen in die engere Wahl, darunter auch der Pastor Hoyzel aus Brendorf bei Köthen, dessen unrühmlichen Abgang dort wir kürzlich erwähnten. Am Sonntag vorher erschien der Herr zur Probepredigt. Geschickt verhüllte er das wahre Gesicht und suchte die Zuhörer nebst Kirchenvertreter für sich zu gewinnen. Das wäre ihm sicherlich gelungen, wenn nicht durch unsere Notiz die wahren Eigenschaften des echt deutschen Mannes aufgedeckt worden wären. Nun wollen sie sich nicht verhaxeln lassen, und das ist gut so.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek; für Gewerkschaftsfragen und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Herz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0007

Mein Außergewöhnlich billiger Verkauf

in Glas, Porzellan, Steingut, Emaille und Haushaltwaren

Achten Sie genau auf Strasse und Hausnummer

dauert nur noch 3 Tage | Freitag | Sonnabend | Montag

Beachten Sie meine Schaufenster, wo jedes Stück mit Preis versehen ist.

Steinweg 45 **SOBEL** Gr. Ulrichstraße 9 447

Volkspart.

Täglich.

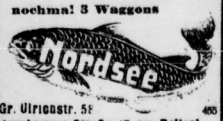
Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 76

Freitag

Auf jeden Tisch ein Gericht Fisch

weil sehr billig und sehr nahrhaft und wohlschmeckend

nochmal 3 Waggons



Gr. Ulrichstr. 58 455

dernburger Straße 17 am Reileck.

Grüne Heringe große . . . . . ℔ **17**

Grüne Heringe mittel . . . . . ℔ **20**

Seelachs echter „Nordsee", ohne Kopf . . ℔ **25**

Kabeljau ohne Kopf, groß, fett und zart . ℔ **30**

Goldbarsch ohne Kopf . ℔ **30**

Ferner sehr billig:

Kieler Sprotten Kiste 1 Pfund Inhalt . . . nur **65**

ausgewogen . ½ ℔ **35**, ¼ ℔ **15**

Norw. Fettbücklinge 5 ℔ Inhalt Kiste nur **115**

Makrelenbücklinge . ℔ **35**

Engl. Fettbücklinge . ℔ **50**

Bratheringe Dose über 2 ℔ ca 12—14 Fische **85**

Oelsardinen

billig durch direkte Einfuhr

Club Dose ca. 200 g . . . nur **50**

alle anderen Packungen sowie alle anderen Fischkonserven und Marinaden sehr preiswert.

Rabatt

gebe ich nicht

und doch sind meine Preise für

bei richtigem Vergleich der Qualität immer die

billigsten

Metallbettstellen	von 15,00	an
Holzbettstellen .	von 21,00	an
Kinderbettstellen	von 15,50	an
Stahlrahmenmatratzen .	von 8,50	an
Chaiselongues .	von 29,50	an
Federbetten . . .	von 16,00	an
Steppdecken . . .	von 12,50	an
Reformunterbetten . .	von 10,00	an
Kleiderschränke	von 50,00	an

Schlafzimmer zu konkurrenzlosen Preisen

Bettfedern, Inlets u. Bettwäsche in jeder Preislage

Moderneste Bettfedernreinigung

Nach auswärts Transport ohne Transportbeschädigung durch eigenes Auto.

Auswahl enorm! Auswahl enorm!

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Bettenhaus

Bruno Paris

Kl. Ulrichstr. 2, Eing. Kanzleigasse 2 Minuten vom Markt 458

Gute Reklame durch inserieren bringt **Gute Geschäfte**

Kleine Anzeigen

wie Käufe, Verkäufe, Stellengesuche, Stellenangebote, Wohnungsgesuche, Heiratsgesuche, Tauschgesuche, Geldgesuche haben im „Volksblatt" **großen Erfolg!**

Volksblatt-

Bilderbücher

Jugendschriften

Märchenbücher

Buchhandlung

Wer erteilt Herrn in den Abendstunden **Unterricht in Mathematik und Rechenschieberlehre?** Offert. unt. **V. H. 315** an die Exp. d. Bl.

Kaufen Sie Ihre **Wringmaschine.** Lassen Sie Ihre **Wringmaschine** reparieren nur bei **Otto Sparmann** neben Walhalla. Telefon 26504. 435

Auf **Kredit** erhält jeder Kreditwürdige **Herren- u. Damen-Garderobe** in großer Auswahl. Kleine Anzahlung. Geringe Abzahlung. **Möbel** in bekannter, guter Qualität ohne jede Anzahlung. **Hermann Liebau** Merseburgerstr. 22 Telephon 28617

Ware wird sofort geliefert 448

Der neue Stern am Himmel der Hausfrau:

Suma weist Ihnen einen neuen, besseren Weg zur Pflege Ihrer Wäsche.

Suma ist wirksamer als bloße Seife und besser als jedes Seifenpulver; es löst allen Schmutz und wäscht vollkommen weiß, ohne jede chemische Einwirkung. Die Stoffe bleiben wie neu, auch wenn sie hundertmal mit Suma gewaschen sind.

Es ist erstaunlich, wie viel mehr Schmutz Suma aus der Wäsche herausholt als irgend ein anderes Waschmittel. Suma ist billig, weil so gut und ausgiebig.

Preis 50 Pfg.

„Sunlicht" Mannheim

Arbeitsgerichtsgesetz

vom 23. Dezember 1926

Textausgabe mit Einleitung von **Friedrich Kleeis.**

Preis 30 Pfennig

Das Arbeitsgericht

Ratgeber für Beisitzer und Rechtsuchende von **Friedrich Kleeis.**

Preis 60 Pfennig

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Erfinder — Vorwärts

strebende gute Verdienstmöglichkeit; Aufklärung u. Anregung geb. Broschüre „Ein neuer Geist" gratis a. Ermann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71

Für Karneval

Papiermützen, Gesichtsmasken, Luftschlangen, Scherz-Artikel, Konfetti usw. 449

in großer Auswahl empfiehlt billigst

Paul Lange

Abteilung: Kotillon-Artikel

Merseburger Straße 168 (neben C.-T.-Lichtspiele, Riebeckplatz)

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Das der Ausschreibung der Viehseuchen-Entschädigungsbeiträge für 1926 zugrunde zu legende Verzeichnis der beitragspflichtigen Viehbesitzer liegt vom 28. Januar bis 12. Februar 1927 im Stadtverordneten-Bureau — Stadthaus — Marktplatz 2 II — Eingang Schmeerstraße — vormittags von 8—12 Uhr zur Einsicht aus.

Einsprüche sind bis 24. Februar 1927 zu erheben.

Halle, den 24. Januar 1927. 451

Der Magistrat.

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung

KAUFHAUS **S. & M. Erohn** EILENBURG

Färberei u. Chemische Reinigungsanstalt für Damen-, Herren- und Kindergarderoben **Fr. Nitzschke, Eilenburg** Muldenstraße 2

Richard Scheufler Möbelfabrik **Eilenburg** Fabrik: Rollenstraße 12 — Verkauf und Ausstellung: Leipziger Str. 66 **Eigene Polster- und Dekorat.-Werkst.**

Seifen kauft man gut und preiswert in der Seifenfabrik von **Karl Müller Eilenburg**

Hermann Wilke Schuhwarenlager **Eilenburg** Werkstatt für **Orthopädische Fußbekleidung**

E. Rost • Torgau Wittenberger Straße 9

Leinen- und Baumwollwaren, Strümpfe, Kleiderstoffe, Schürzen, Gardinen

Billigste Preise **Gute Qualitäten**

C

Eilenburg Torgau Ammendorf

JANUAR

ANGEBOTE

Wer bei **Fitzek in Eilenburg** kauft, **spart Geld!**

Kaufe bei Becker Eilenburg, Kornmarkt 3

Wirklich gut und billig kaufen Sie stets bei **Karl Birkner** Eilenburg, Rinckartstr. 8 Weiß- und Wollwaren - Strümpfe

---

K. Rosenberger, Eilenburg Torgauer Straße 28

Anerkannt beste und billigste Einkaufsquelle

Haus- und Küchengeräte, Glas, Porzellan, Geschenk-Artikel, Aparte Lederwaren, Sohirme, Stöcke, Korbmöbel, Kinderwagen, Größte Auswahl

---

Pannier-Schuhwaren sind gut und preiswert

Schuhwaren für Straße, Feld, Beruf, Sport und Gesellschaft

Grosse Reparaturwerkstatt **Torgau, Markt**

Gustav Godehardt Hüte, Herrenartikel / Mützen, Berufskleidung **Ammendorf**

Kaufe im Kaufhaus Kurt Binnewies Ammendorf

1. Geschäft: Regensburger Straße 24 / 2. Geschäft: Regensburger Str. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0008

Der Achtstundentag.

Erzwingung von Mehrarbeit ist strafbar.

Das Reichsgericht hatte sich in zwei Fällen mit der Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit zu befassen. Im ersten Falle hatte eine Textilfirma auf Beschluß ihrer Organisation versucht,

ohne Verständigung mit dem Betriebsrat

eine Mehrarbeit bis zu 54 Stunden wöchentlich einzuführen. Sie teilte dies der Belegschaft durch Anschlag mit und erklärte, daß sie gezwungen sei, den zu einer Mehrarbeit nicht bereiten Arbeitern zu kündigen. Von angestellten Direktoren der Firma wurde dann an jeden einzelnen Arbeiter die Frage gerichtet, ob er bereit sei, im Sinne des Anschlages Mehrarbeit zu leisten. Hiergegen legte der Betriebsrat Verwahrung ein, die aber keinen Erfolg hatte. Als der Betriebsrat wiederholt vergeblich die Einstellung der Befragung gefordert hatte, ließ er in allen Abteilungen des Betriebes durch Sirenen das Zeichen zur Beendigung der Arbeit geben. In einer Betriebsversammlung sollte dann über die von der Firma geforderte Mehrarbeit ein Beschluß gefaßt werden. Durch einen neuen Anschlag entließ darauf die Firma alle Arbeiter, die nicht binnen zehn Minuten die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Das war die große Mehrzahl!

Von dem Betriebsrat forderte die Firma dann in einem Klageanspruch Ersatz des angeblich entstandenen Schadens, und zwar zunächst Erstattung eines Teilbetrages von 2000 Mk. Das Landgericht hatte diesen Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, das Oberlandesgericht aber hatte den Anspruch der Firma abgewiesen! Dagegen beantragte die Firma Revision beim Reichsgericht, das diese Revision aber zurückwies. In seinen Entscheidungsgründen sagt der höchste deutsche Gerichtshof unter anderem: „Es kann dahingestellt bleiben . . ., ob die Befragung der Arbeiter und die Entgegennahme ihrer Erklärungen das gute Recht der Klägerin war. Denn auch eine vorläufige Abmachung hätte alsdann nur im Wege einer freien Vereinbarung versucht und getroffen werden dürfen.

Die Klägerin hat aber, indem sie unter Hinweis auf ihre erste Bekanntmachung den zur Mehrarbeit nicht bereiten Arbeitern die Entlassung androhte, auf die Belegschaft einen Druck ausgeübt. Hierzu war sie nicht befugt, da ein solches Vorgehen mit dem den Arbeitnehmern gerade auch hinsichtlich der Arbeitszeit gesetzlich gewährleisteten Rechtsschutz in Widerspruch steht.

Waren Vereinbarungen mit den einzelnen Arbeitern über die Verlängerung der Arbeitszeit zunächst zulässig, so durften sie **keinesfalls durch Androhung der Entlassung erzwungen werden.** Die Klägerin handelte also rechtswidrig, und zwar schon durch die Art und Weise der Befragung, nicht erst dann, wie die Revision meint, nun sie die Mehrarbeit von den Arbeitswilligen tatsächlich ausführen ließ. Demgegenüber kann das ebenfalls widerrechtliche Handeln des Beklagten (des Betriebsrates) **als ein Verstoß gegen die guten Sitten noch nicht angesehen werden.** Es wird allgemein anerkannt, daß im gewerblichen Lohnkampf und im Streit um die Arbeitsbedingungen Maßnahmen, die den Widerstand des Gegners zu brechen bestimmt sind, nicht ohne weiteres, sondern nur dann verwerflich sind, wenn ein an sich unsittliches Mittel angewendet oder ein sittlich nicht einwandfreier Erfolg bestrebt wird. Hier hat der Beklagte die Stillegung des Betriebes veranlaßt, **um die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in Ansehung der Dauer ihrer Arbeitszeit zu schützen.** Allerdings waren die gewählten Mittel, insbesondere die sofortige Betriebsunterbrechung statt des Versuches einer Einigung, auf gesetzlichem Wege, unerlaubt, auch nicht etwa durch die Notwehr geboten, und daher an sich unsittlich. Der Beklagte hat aber nach der maßgeblichen Feststellung des Berufsrichters, weil er als Vorsitzender des Betriebsrates über die Durchführung der gesetzlichen, zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften zu wachen hatte (Paragraph 78, Ziffer 1 des Betriebsrätegesetzes), sich in dem guten Glauben befunden, daß nach der Lage der tatsächlichen Verhältnisse gegenüber dem Eingriff der Klägerin die

Anwendung der gewählten Mittel gerechtfertigt

sei, so daß er also in der Erfüllung einer rechtlichen Pflicht so wie geschehen handeln dürfe und müsse. In diesem Falle liegt ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht vor. Die Ueberzeugung des Beklagten von der Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise schließt aber auch seine Haftung aus Paragraph 823, Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches aus, die durch die widerrechtliche Störung des Gewerbebetriebes der Klägerin sonst begründet wäre." — Nach weiteren juristischen Ausführungen kommt das Reichsgericht dann zu dem Schluß, daß aus den „oben hervorgehobenen Gründen auch in Ansehung des Paragraphen 823, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein

Verschulden des Betriebsrates nicht vorliegt.

Die Revision war danach zurückzuweisen. (Urteil des Reichsgerichtes, 4. Zivilsenat, vom 17. Mai 1926. — IV. 701/1925.)

Im zweiten Fall handelt es sich um die Anwendung der Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923. Die Direktoren der Leipziger Filiale einer Berliner Großbank waren wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitverordnung angeklagt, weil auf ihre Anregung 35 Angestellte im Juni des Jahres 1925 Ueberstunden geleistet hatten. Das Landgericht hatte die Angeklagten freigesprochen, indem es annahm, daß die Angestellten die Mehrarbeit freiwillig und unter „besonderen Umständen" geleistet haben, wie nach dem Paragraphen 11, Absatz 3 der Verordnung wohl erlaubt sei. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht Revision eingelegt mit der Begründung, den Angeklagten sei bekannt gewesen,

daß die begründete Furcht vor dem allgemeinen Abbau bestimmend auf die Angestellten wirke, die verlangte Mehrarbeit zu leisten. Deshalb sei die Mehrarbeit als unter einem Zwange geleistet anzusehen.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hob das freisprechende Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache zur Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück.

Schutz dem Bauarbeiter und dem Verkehr!

Der Regierungspräsident in Merseburg erläßt folgende Polizeiverordnung über Schutzvorrichtungen bei Bauten:

Das Ueber-die-Hand-Mauern (Mauern von Innengerüsten aus) bei Gebäuden von mehr als 7 Meter Höhe bis zum Dachgesims oder mehr als 11 Meter Höhe bis zum Dachfirst ist verboten. Ausgenommen ist das Mauern von hohen Schornsteinen.

Bei der Errichtung von solchen Gebäuden sind an den Außenseiten, je nach dem Fortschreiten des Baues, feste Sandgerüste (Mauergerüste) bis zur Höhe des Dachgesimses anzubringen. In jeder Stockwerkshöhe ist ein Gerüstboden herzustellen. Vor Beginn der Dacharbeiten ist auf dem Standgerüst eine Schutzbrüstung für die Dacharbeiten herzustellen. Das Standgerüst ist tragfähig auszuführen und muß den Arbeiter gegen Absturz sichern. Die gleichen Vorschriften gelten auch für Umbauten und bauliche Veränderungen an den Außenseiten solcher Gebäude. Bei außergewöhnlichen Verhältnissen, insbesondere aus Verkehrsrücksichten, kann die Ortspolizeibehörde von der Forderung von der Anbringung eines festen Standgerüstes Abstand nehmen und anderweitige Maßnahmen anordnen, die sie nach Lage der Sache zur Sicherung der Arbeiter und des Verkehrs auf der Baustelle und in ihrer Nähe für notwendig hält.

Die Standgerüste müssen bis zur Fertigstellung sämtlicher an und auf dem Dache auszuführenden Arbeiten stehenbleiben. Wo infolge besonderer Umstände das feste Standgerüst früher entfernt werden muß, muß durch ein leichtes — Stangen- oder Leitergerüst — Ersatz geboten werden.

Bei Bauten von mehr als 7 Meter Höhe, in denen das Dach unmittelbar die Raumdecke bildet (Hallen, Säle usw.) müssen auch im Innern fortlaufend mit der Höherführung der Außenwände zum mindesten einfache Gerüste angebracht werden. Vor dem Aufbringen der Dachkonstruktion und der Verlegung sonstiger Dacharbeiten ist ein bis an die Arbeitsstellen reichendes, feststehendes Gerüst im Innern des Gebäudes zu errichten und mit einer vollständigen oberen Abdeckung zu versehen. Ist die Einrichtung eines solchen Gerüstes nach Lage der Verhältnisse nicht anhängig, so sind die beim Dachaufbau und an der Decke beschäftigten Personen auf andere Weise gegen Absturzgefahren zu schützen.

Der Bauherr ist dafür verantwortlich, daß die vorgeschriebenen Gerüste angebracht werden. Zur Herstellung der Gerüste ist der Unternehmer, der vom Bauherrn den Auftrag zur Bauausführung oder zur Herstellung der Gerüste erhalten hat, verpflichtet. Dieser hat auch die Höherführung und den Ausbau der Schutzgerüste (Fanggerüste) für die Dacharbeiten auszuführen. Hierdurch werden aber die Unternehmer für die Dacharbeiten nicht von der Verpflichtung befreit, für die zum Schutz ihrer Arbeiter notwendigen anderweitigen Schutzmittel „Dachhaken, Sicherheitsgürtel mit Leine usw.) zu sorgen.

Uebertretungen dieser Vorschriften werden, soweit nicht weitergehende Strafbestimmungen Anwendung finden, mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder bei deren Unbeitreiblichkeit mit entsprechender Haft bestraft.

Hallesches Gewerkschaftsleben.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Halle.

Die Generalversammlung am Sonntag wies einen überaus guten Besuch auf. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kamerad Förster. Das Jahr 1926 war ein Jahr der Kräftesammlung und ein Jahr ernster gewerkschaftlicher Arbeit. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 kam durch industrielle und kleinere Wohnungsbauten in unserem Bezirk die Bautätigkeit etwas in Gang. Infolgedessen waren auch so gut wie keine Wirtschaftskämpfe zu verzeichnen. Unter diesen Gesichtspunkten kam auch die bekannte Vereinbarung vom 13. Februar 1926 zustande, welche in dem zentralen Schiedsgericht ihren Niederschlag fand. Im Anfang des verflossenen Jahres bestand eine Erwerbslosigkeit von fast 50 Prozent und am Ende nach den Erhebungen eine solche von 25 Prozent. Man kann somit sagen, daß in gewisser Hinsicht die Voraussetzungen fehlten, Kämpfe durchzuführen. Trotzdem die Preise von wichtigen Lebensmitteln stiegen, war die Parole der Unternehmer Lohnabbau. Zum 30. Juni kündigten die Unternehmer 1070 Lohngebiete mit über 60 000 organisierten Zimmerern. Daß in unserem Bezirk nicht von den Unternehmern gekündigt wurde, beruhte auf dem Umstand, daß in den ländlichen Bezirken die Bauarbeiter nicht auf der Hut sind und teilweise unter Tarif und über 8 Stunden arbeiten. Das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm soll nun im neuen Jahr mehr Arbeit bringen. Zurzeit merkt man davon auch bei uns nichts. Das Organisationsleben wurde durch die Beschlüsse des Verbandstages beeinflußt. Die Frage der Industrieorganisation muß auch bei uns im neuen Jahr mehr greifbare Formen annehmen. Der Breslauer Gewerkschaftskongreß hat dazu den Grundstein gelegt. Der Lehrlingsgruppe wurde erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Modellierabende haben sich gut eingeführt. Zwei prächtige Modelle sind im Verlauf durch praktische Arbeit entstanden. Jeder Lehrling, welcher noch nicht organisiert ist, muß der Gruppe zugeteilt werden. Im November wurde für die Zahlstelle ein Ortsstatut beschlossen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, im Besitz eines solchen zu sein, um über alle die Zahlstelle und Organisation angehenden Fragen unterrichtet zu sein. Der Lokalkassenbestand hat sich fast um das Doppelte vermehrt. Die Mitgliederbewegung ist gestiegen, der alte Bestand hat sich gut gehalten. Zwei neue Bezirke konnten eröffnet werden. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, bis auf den ausgeschiedenen Kameraden J. Morche. Als zweiter Revisor wurde der Kamerad G. Stein gewählt. Die finanzielle Beteiligung an der M. B. wurde zurzeit abgelehnt. Auf eine recht rege Beteiligung an der Abendschule an der Universität wurde noch hingewiesen. Interessenten müssen sich sofort im Bureau melden.

Das Leipziger Fremdenheim.

Die Kriegszeit machte der Wanderschaft ein Ende und die Herbergen überfüllig. Im Jahre 1913 hatten in der Herberge des Leipziger Gewerkschaftshauses noch 14 316 Fremde 34 185mal übernachtet. In der Kriegszeit diente die Herberge als Lazarett. Nach dem Kriege hielt man vielfach das Wandern für überlebt und da die Räume der Gewerkschaften zunächst nicht groß genug sein konnten, weil plötzlich alle Indifferenten zu ernten hofften, wo sie niemals gesät hatten, wurden die Herbergen entweder stark eingeschränkt oder vollends aufgehoben. Das Wandern ist zwar längst nicht mehr Zunftzwang, aber auch keine freudvolle poesieverklärte Angelegenheit der Wandernden mehr. Die wirtschaftliche Not der Arbeitslosigkeit treibt wieder viele Arbeiter auf die Landstraße. Darunter sind nicht wenige unserer Gewerkschaftsgenossen, die wir nicht der „Heimat" überlassen dürfen. Nachdem im November vorigen Jahres die Hamburger Gewerkschaften (Am Nagelsweg 10 bis 14) ihre neue Heimstätte eröffnet haben, die allerdings mehr auf die in Arbeit stehenden angereisten Arbeiter berechnet ist, haben jetzt die Leipziger Gewerkschaften im „Volkshaus", Braustraße 17, ein neues Fremdenheim mit 50 Betten und Bad, Tagesräumen und Gasträumen fertiggestellt. Daß hierbei allen Anforderungen moderner Hygiene und Wohnlichkeit entsprochen wurde, ist selbstverständlich. Beabsichtigt ist, das gesamte Grundstück wieder als Fremdenheim zu benutzen, so daß dann 120 Personen Unterkunft finden können.

Kartelldelegierte!

Morgen, Freitag, abend 8 Uhr findet im „Volkspark" (Kartellzimmer) die Sitzung des Gewerkschaftskartells Halle statt zu der alle Delegierten erscheinen müssen.

Sport und Spiel.

Das letzte Rennen.

Dölau oder Braunschweig?

Am Sonntag, dem 30. Januar, nachmittags ½3 Uhr, findet das letzte und bedeutendste Spiel um die Kreismeisterschaft zwischen „Wacker" (Braunschweig) und „Fortuna" (Dölau) statt. Wacker war als einzige Mannschaft in der Lage, den hallischen Bezirksmeister „Fortuna" zu schlagen. Ein erfolgreicher Protestgrund sieht nun beide Mannschaften am kommenden Sonntag wieder gegeneinander. „Fortuna" wird nach den zuletzt gezeigten Spielen die von „Wacker" erhaltene Niederlage wieder wettzumachen versuchen und wir trauen, der „Fortuna"-Elf diesen Erfolg auch zu. Leicht wird der Sieg allerdings nicht werden, denn „Wacker" kommt diesmal vollzählig und wird sicherlich zeigen wollen, daß der damalige Sieg kein Zufallstreffer gewesen ist. Daß beide Mannschaften in stärkster Aufstellung antreten, liegt bei der großen Bedeutung des Spieles auf der Hand. Das Spiel wird infolgedessen seine große Anziehungskraft auf alle Sportanhänger nicht verfehlen. Die Eintrittspreise sind so mäßig gehalten, daß es jedem möglich ist, sich das Spiel anzusehen.

2. Kreis (ATSB.) 6. Bezirk

Handball

Verbindlich.

Zeitlich geändert sind im 2. Kreis am 30. Januar folgende Spiele: Wörmlitz II gegen Osmünde I auf 3 Uhr, Viktoria — Kröllwitz (Sportlerinnen) auf 11 Uhr. Merseburg sieht seine I. und II. Sportlermannschaft und Adler seine Jugendmannschaft zurück. **Adolf Werne**, Obmann.

Arbeiter-Regierbund, Bezirk Halle

Ortsgruppe Halle.

Diejenigen Mitglieder, welche in eine Städtemannschaft kommen, aber nicht gewillt sind, in der Städtemannschaft zu spielen, haben dies ihrem Klubvorsitzenden mitzuteilen, der es dem Ortsgruppenvorsitzenden bis Sonnabend, den 29. Januar, zu melden hat.

Der Vorstand. Hermann Manasse.

16. Kreis (ATSB.), Märkische Spielvereinigung

Die letzten Serienspiele haben im 7. Spielbezirk doch noch kleinere Ueberraschungen aufzuweisen. In der 1. Klasse schlug Adler I Wacker I (Kleinzschepitz) 5:0. In der 2. Klasse behauptete sich Gorden I gegen Frisch Auf I (Dreska) mit 4:0. Cottebrau II gewann nach gleichwertigem Spiel gegen Raschen III 4:3.

Schiedsrichtervereinigung, Gruppe Bockwitz. Am Sonnabend, dem 29. Januar, abends ½8 Uhr, findet im „Volkshaus" in Bockwitz eine Schiedsrichtersitzung der Gruppe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Präsenz, 2. Berichte, 3. Technisches, 4. Wahlen, 5. Anträge und Verschiedenes.

7. Bezirk: Am Sonntag, dem 30. Januar, treten aus der 2. Klasse zu den Serienspielen an: Herzberg I — Minerva I (Grünewalde), nachm. 1½ Uhr (Herta). Freier Sport I (Bockwitz) — Rubland I, nachm. 2 Uhr (Naundorf).

Kreis-Sportkartell Liebenwerda

Am 23. Januar fand in Biehla bei Elsterwerda die erste Kreissportkartellsitzung statt. Die eigentliche Gründung des Kreiskartells unter Zusammenfassung sämtlicher Sportkartelle im Kreise Liebenwerda, wie Bockwitz, Rubland, Ortrand war bekanntlich schon am 14. November 1926 in Anwesenheit von Vertretern des Bundes (Berlin) erfolgt. Die jetzige Tagung befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Situationsbericht; 2. Jugend und Arbeitersport; 3. Statutenentwurf; 4. Reichs-Arbeitersporttag; 5. Wahlen; 6. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Gruppenvorsitzender Heinze Bericht über die Arbeiten in der Sportbewegung des Kreises. Die offensichtlich parteipolitische Beeinflussung in einzelnen Vereinen muß vermieden werden. Durch Tragen der roten Fahne soll sich jede Arbeitersportvereinigung von den bürgerlichen unterscheiden. — Böhme (Bockwitz) referierte anschließend über Jugend und Arbeitersport. Dieses Problem zur Lösung zu bringen, sollte Aufgabe aller sein. Nicht Hochleistung, sondern Massensport muß betrieben werden. — Der vorgeschlagene Statutenentwurf wurde einstimmig angenommen und anschließend der Reichs-Arbeitersporttag 1927 behandelt. Voraussichtlich wird derselbe in Liebenwerda abgehalten werden. — Beim Vorstand des Kreiskartells wurde Heinze (Dollshaida) als 1., Böhme (Bockwitz) als 2. Vorsitzender vorgeschlagen und gewählt. Als Schriftführer fungiert Opitz (Elsterwerda). Biehla stellt dazu den Kassierer und den 1. Elsterwerda den 2. Besitzer.

Kreisschwimmfest in Berlin

Im Stadtbad Neukölln fand am Sonntag ein Kreisschwimmfest des 1. Kreises statt. Neben den Berliner Vereinen beteiligten sich Spandau aus Brandenburg, Oranienburg, Spandau, Wittenau, Hige und Zehlendorf die den Berlinern einige Siege entrangen. Besonderen Beifall sollten die zahlreichen Zuschauer den vorgeführten Frauenreigen und dem Springen der Männer. Den Abschluß bildete ein Wasserballspiel „Meteor" (Weißensee), Bundesmeister gegen „Freie Schwimmer" (Neukölln), das mit einem eindrucksvollen Siege (11:5, Halbzeit 5:2) des Bundesmeisters endete. An wichtigen Ergebnissen sind hervorzuheben: Wasser, 100 Meter Seite: Hitzfeld (Berlin) 1:22,1; 100 Meter Brust: Göritz (Neukölln) 1:07,2; 100 Meter Brust: Lange (Berlin) 1:28; 100 Meter Rücken: Frohn (Neukölln) 1:21,1; Streckentauchen 50 Meter: Papke (Berlin) 40,4; 4×100-Meter-Lagenstaffette: „Vorwärts" (Berlin) 5:51. Frauen, 100 Meter Brust: Boer (Neukölln) 1:45; 100 Meter Freistil: Born (Berlin) 1:45; 4×50-Meter-Bruststaffette: „Vorwärts" (Berlin) 3:26.

Arbeiter-Wintersportfest in Oberwiesenthal

Am Sonntag fand unter Beteiligung von nahezu 200 Wintersportlern aus Sachsen und der Tschechoslowakei bei glänzendem Sportwetter im Gelände des Fichtelberges ein prachtvolles Wintersportfest statt. Zahlreiche Zuschauer verfolgten mit größter Aufmerksamkeit die sportlichen Leistungen, vor allem die Sprünge an der Schanzungerschanze, die den Höhepunkt der Veranstaltung bildeten. Die Ergebnisse waren folgende: 5-Kilometer-Lauf für Knaben von 12 bis 14 Jahren: 1. Köhler (Oberwiesenthal) 20 Min.; 5-Kilometer-Lauf für Männer über 30 Jahre: 1. Wagner (Johanngeorgenstadt) 17,38 Min.; 5-Kilometer-Lauf für Sportlerinnen: 1. Geßler, Ruth (Oberwiesenthal) 23 Min.; 5-Kilometer-Lauf für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren: 1. Renner (Aberthum) 18,40 Min.; 12-Kilometer-Lauf für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren: 1. Kleeberg (Oberwiesenthal) 44,10 Min.; desgl. für 18 bis 20 Jahre: 1. Günther, Josef (Böhmisch-Wiesenthal) 41,18 Min.; desgl. für 20 bis 30 Jahre: 1. Themel (Johanngeorgenstadt) 38,58 Min. Hauptsprungen A-Klasse: 1. Vogler (Dresden) geft. Sprung 41 Meter, Haltung 9½ P.; B-Klasse: 1. Heß (Johanngeorgenstadt) geft. Sprung 27 Meter, Haltung 9½ P.; Jugend: 1. Brockert, Helmuth (Oberwiesenthal) geft. Sprung 28 Meter, Haltung 9 P.

*

Bundes-Kursus für Winterport. Vom 22. bis 24. Januar fand in Oberwiesenthal (Erzgebirge) unter der sachkundigen Leitung des Wintersportwarts des Arbeiter-Turn- und Sportklubs, Richter, ein Wintersportkursus statt. In systematischer Aufbauarbeit wurde die Lauftechnik sowie das Stemmen und Schwingen am Hang gelehrt. Teilnehmer hielten mit erfreulicher Ausdauer durch, so daß dem Arbeitersport wieder zahlreiche neue Lehrkräfte auf dem Gebiete des Wintersports erwachsen sind.

Schneeberichte.

Ferienheim Stutenhaus (Thür. Wald, Post Schmiedefeld): 70 Zentimeter Pulverschnee, 8 Grad Kälte, Raureif, Ski und Rodeln sehr gut.

Genossenschafts-Ferienheim in Friedrichroda: 50 Zentimeter Pulverschnee, 5 Grad Kälte, Ski und Rodeln sehr gut.

Ferienheim Muldenhaus in Rautenkranz (Erzgeb.): 60 Zentimeter Pulverschnee, 7 Grad Kälte, Raureif, Ski und Rodeln sehr gut.

Vereinsmitteilungen

Athletik-Vereinigung „Germania-Felsenkeller", Halle. Die A.-V. „Germania-Felsenkeller" veranstaltet am Sonnabend, dem 29. Januar, im „Deutschen Gesellschaftshause", Leipziger Straße, einen großen Preismaskenball. Eintrittskarten hierzu sind im Vereinslokal, Petzolds Restaurant, Charlottenstraße, sowie bei allen Vereinsmitgliedern zu haben. Für gute Musik, Humor und Stimmung ist bestens gesorgt. Musik von der beliebten Jazzkapelle Buko. Anfang 7 Uhr, Maskeneinlaß 8 Uhr. (366

ASC., Halle. (Handball.) Am Sonnabend, dem 29. Januar, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine sehr wichtige Handballsitzung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit ist es die Pflicht eines jeden, zu erscheinen. (426

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle-Saale e. V.

Lichtbilder-Vortrag

am Freitag, dem 28. Januar, abends ½8 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark", Burgstraße: **„Vom baltischen Meer zum Kaukasus", Soziale Wanderfahrt durch Rußland.** Referent: Genosse Riemer (Jena).

Im Vorverkauf 40 Pfg., an der Abendkasse 60 Pfg. Jugendliche und Arbeitslose zahlen nur die Hälfte. Der Reinertrag des Abends kommt dem Hüttenbau zugute. Vorverkauf: Volksblattvuchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27; Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstr. 14; Jul. Bacher, Leipziger Straße.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0009

Kunst · Wissenschaft · Leben

Gibt es winterschlafende Vögel?

Neue Forschungen über eine vielumstrittene Frage.

Von **M. A. von Lützendorff.**

Im Altertum war der Glaube, daß gewisse Vögel einen Winterschlaf halten, allgemein verbreitet. Aristoteles gab an, daß Storch, Schwalbe, Star, Amsel, Drossel, Holztaube, Weihe und Eule Winterschläfer seien, während Plinius die Turteltaube, ein anderer Forscher auch den Kuckuck dazu zählten. Die Ansicht vom Winterschlaf der Vögel bestand noch im Mittelalter, sogar bis in die neuere Zeit; ein noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts erschienenes zoologisches Werk bezeichnet Storch, Kuckuck und Schwalbe als Winterschläfer. Daraus erklärt es sich, daß der Glaube an die winterschlafenden Vögel im Volke noch heute nicht völlig erloschen ist. In Polen z. B. behaupten die Landleute allen Ernstes, die Lerchen hielten alljährlich einen Winterschlaf unter Steinen. Und da der Vogelforscher Friedrich tatsächlich einmal die Beobachtung machte, daß man mitten im Winter Feldlerchen unter Moos verborgen aufgefunden und die gänzlich erstarrten Vögel wieder zum Leben erweckt habe, werden dem Volksglauben wohl auch solche Vorkommnisse zugrunde liegen.

Trotz dem Glauben an den Winterschlaf der Vögel traten aber doch schon frühzeitig Zweifel auf, und man machte geltend, daß die Vögel, wenn sie im Herbst verschwinden, keinen versteckten Winterschlaf halten, sondern in ferne Länder ziehen. Schon im Mittelalter bekehrte man sich zu dieser Annahme. Nur der Volksglaube wollte noch immer nicht von der alten Fabel ablassen. In den österreichischen Bergen gibt es noch heute Bauern, die die Rotschwänzchen, besonders aber die Schwalben für Winterschläfer halten und von ihrer Ansicht nicht abzubringen sind. Nach den eingehenden Ausführungen Karl Bergers in der „Ornithologischen Monatsschrift" darf man aber die Annahme winterschlafender Schwalben dennoch nicht ganz von der Hand weisen, denn daß Schwalben im Winter im Erstarrungszustand aufgefunden und wieder ins Leben zurückgebracht wurden, ist eine Tatsache, die trotz allen Zweifeln einwandfrei bewiesen ist. An den Winterschlaf der Schwalben knüpft sich bei verschiedenen Völkern ein ganz besonders starker Glaube. Ebenso wie die Norweger des Mittelalters behaupten auch die heutigen Polen, daß die Schwalben klumpenweise aneinanderhängend im Wasser überwintern und nicht vorzeitig herausgefischt werden sollten, weil sie sonst sterben müßten. Und in Amerika wie auch in Frankreich begegnet man gleichfalls noch heute dem Glauben an die winterschlafenden Schwalben.

Was dem an Tatsachen zugrunde liegt? Zunächst, daß gerade bei den Schwalben die Jungen der letzten Brut manchmal die Winterreise nicht mitmachen können, weil sie dazu noch nicht kräftig genug sind. Diese Spätlinge also sind es wohl, die sich einen wettergeschützten Unterschlupf suchen und dort, sobald der Frost eintritt, in einen Starrezustand verfallen. Sind solche Tiere ermüdet oder geschwächt, kann es auch vorkommen, daß sie ins Wasser fallen und im toten Zustand im Eis konjerviert werden. Daß „Schwalbengräber" mit erstarrten Schwalben in alten Mauern, Brückenköpfen und dergl. schon sehr oft gefunden wurden, ist heute längst bekannt. Wert haben indes nur jene Fälle, in denen man die winterstarren Tiere wieder ins Leben zurückrufen konnte, weil es eben beweisen würde, daß die Starrezustände nur eine Art von Schlaf waren. Nun hat man aber auch in dieser Hinsicht aufschlußreiche Beobachtungen gemacht. So hat z. B. der englische Naturforscher Rennie eine große Anzahl von einschlägigen Beispielen gesammelt und veröffentlicht, während der deutsche Zoologe Brown eine Verpöbelte im Tal von Maurienne — an der Straße von Italien nach Frankreich — anführt, in der alljährlich viele Schwalben ihren Winterschlaf halten, wobei sie wie „Bienenschwärme" an der Decke hängen. Solche Winterschläfer hat man wieder zum Leben erwecken können, aber in keinem Falle lebten die erweckten Schwalben länger als einige Tage. Diese Erscheinung erklärt sich wohl damit, daß der zarte Organismus einer jungen, halberfrorenen Schwalbe es einfach nicht verträgt, aus einem ihm vielleicht für den Augenblick ganz natürlichen Zustand plötzlich und vorzeitig herausgerissen zu werden, um ohne entsprechenden Uebergang wieder ins normale Leben zurückzukehren.

Da nun die Tatsache besteht, daß manche Schwalben im Winter wirklich in einen Starrezustand verfallen und aus ihm wieder geweckt werden können, so kann man auch die Möglichkeit nicht mehr bestreiten, daß bei den Schwalben eine Art von Winterschlaf vorkommen kann, wenn auch allerdings immer nur als ein durch die Lebensnotwendigkeit bedingter Ausnahmefall. Daß selbst längere Zeit hindurch eingefrorene Tiere wieder zum Leben erweckt werden können, haben ja auch erst in jüngster Zeit wieder die Beobachtungen in John Hopkins Medical School in Baltimore bestätigt. Denn die Untersuchungen erwiesen, daß auch warmblütige Tiere, Mäuse und Ratten — wie auch Hühnereier kurz vor dem Ausschlüpfen der Küken — nach Einfrieren in flüssiger Luft wieder ins Leben zurückgebracht werden konnten.

Neue Theorie zur Entstehung des Erdöls in Deutschland.

Deutschland muß alljährlich große Mengen von mineralischen Erdölen einführen, da seine eigene Produktion überaus gering ist. Diese hat sich, seit uns die Elsässischen Erdölgruben an Frankreich verlorengegangen sind, in den letzten Jahren ausschließlich auf die Hannoversche Erdölquelle beschränkt, die man mit einigem Erfolg weiter erschlossen hat. Es fehlen aber immer noch die sicheren wissenschaftlichen Grundlagen, um Erdöl, das in Norddeutschland zweifellos in großen Mengen vorhanden ist, auch in wirtschaftlich nutzbaren Mengen zu fördern. Die Ansichten der deutschen Geologen über die erdölführenden Stellen im Hannoverschen gehen weit auseinander, und so ziemlich alle Schichten vom Silur bis zum Alluvium hat man als Ursprungsgebiete des Erdöls in Nordwestdeutschland in Anspruch genommen. Das Problem der Erdölentstehung in Nordwestdeutschland hat neuerdings Kauenhowen (Clausthal) wieder in Angriff genommen, und er ist auf Grund eingehender, sorgfältiger Untersuchungen, bei denen er sowohl die geologische wie auch die petrographische und paläogeographische Seite der Frage eingehend berücksichtigt, zu dem Ergebnis gelangt, daß die Ausscheidung bituminösen Materials in Form von Erdöl oder Asphalt an die Meeres- und gleichzeitig Gebirgsbildung zur Zeit der Jurakreideende geknüpft ist. Man hat drei Lagerstätten: flüssiges Erdöl, das bei Wietze, Nienhagen, Obershagen, Hänigsen, Sehnde, Oelheim und anderwärts vorkommt, die Asphaltkalke im Gebiet von Ahlem und die Asphaltite bei Bentheim zu unterscheiden. Kommen Asphaltausscheidungen und bituminöse Süßwasserkalke bereits im Purbeck und Portland vor, namentlich im Münder Mergel und im Einbeckhäuserplattenkalk, also im Oberen Jura, so ist das Urgestein des eigentlichen Erdöls das Werk der unteren Kreide, die über den Serpulit im Purbeckkalk bereits im Deisterzebirge gelagert ist und sich von dort nach Westen hin fortsetzt. Krüten- und Buchtengebiete sind in erster Linie Bildungsstätten des Erdöls. Stellen, wo Süß- und Salzwasser zusammenströmen und eine rasche Salzanreicherung stattfindet, die den Bituminisierungsprozeß fördert. Der schnell sedimentierende Blättschlick im Wealdschieferton ist als das Muttergestein des Erdöls anzusprechen, zu dessen Bildung und Aufbewahrung aber auch noch die Anwesenheit von Sandstein notwendig ist. Nur wo Schieferton und Sandstein zusammen vorkommen kann sich bei Salzanwesenheit aus organischer Substanz das Erdöl bilden und erhalten. Mit dieser neuen Auffassung ist ein gewisser Widerspruch gegen ältere Auffassungen geschaffen, die die Entstehung des Erdöls in Deutschland bereits an die Zechsteinperiode und die Bildung der Salzstöcke dieser Periode knüpfen. Es wird sich zeigen, ob die bemerkenswerten Ergebnisse nunmehr in gleichem Maße für die Praxis nutzbar gemacht werden können. In der letzten Sitzung der Deutschen Geologischen Gesellschaft hat diese Auffassung zum Teil Zustimmung, zum Teil aber auch heftigen Widerspruch erfahren und eine mehrstündige Erörterung ausgelöst. Das ungemein bedeutsame Problem wird voraussichtlich noch einmal die demnächstige Jahresversammlung der Gesellschaft in Goslar beschäftigen.

Der tiefste Schacht der Welt.

Auf Temperaturgrade, die das Metall elektrischer Batterien zum Schmelzen brachten, stieß man bei der Bohrarbeit an einem Schacht in Orange County in Kalifornien, der den Vereinigten Staaten den Ruhm sichern soll, den tiefsten Schacht der Welt zu besitzen. Bis jetzt ist man mehr als 2440 Meter tief in das Erdinnere eingedrungen, und man hat damit einen neuen Rekord erzielt, da der bisher tiefste Schacht, der „People's Natural Gas Company" am Lincoln Highway bei Pittsburg, nur ungefähr 2360 Meter tief ist. In der Tiefe von etwas mehr als 2000 Meter wurde schon die Temperatur des kochenden Wassers überschritten, so daß die Batterie der photographischen Apparate, die zur Aufnahme der Profile in der Tiefe dienten, vollständig geschmolzen wurde, denn der Schmelzpunkt der hier verwandten Metalle liegt bei 100 Grad Celsius. Abgesehen davon, daß man es hier mit der tiefsten Schachtanlage, die bisher erbohrt wurde, zu tun hat, ist das Unternehmen noch dadurch bemerkenswert, daß bei der Bohrung ausschließlich elektrische Kraft bis zu einer Tiefe von über 6000 Fuß Verwendung fand. Mit der Ausschachtung des Bohrloches, an dem ununterbrochen gearbeitet wurde, hatte man am 13. März 1926 begonnen, und die leitenden Ingenieure versichern, daß die Bohrarbeit solange wie möglich fortgesetzt werden wird. Von anderen Schächten, die außer den beiden bereits genannten als besonders tief bekannt sind, seien hier Rosecrans Field in Kalifornien mit 2315 Metern Tiefe, Fairmont in West-Virginia mit 2311 Metern, Czuchow on Polnisch-Oberschlesien, südlich von Gleiwitz mit 2240 Metern, Dominquez in Kalifornien mit 2196 Metern und Mc Donald in Pennsylvanien mit 2174 Metern erwähnt.

Englischer Humor.

„Mit wann bist du denn mit Mary bekreundet? Du machtest sie doch sonst nie leiden!" — „Oh, neulich, als wir bei Daisy eingeladen waren, haben wir festgestellt, daß uns dieselben Leute unsympathisch sind."

*

„Auf diese Weise", belehrte ein wohlwollender Schutzmann einen spät in der Nacht heimkehrenden Zecher, „werden Sie nie und nimmer die Haustür aufschließen. Sie versuchen ja unentwegt, das Schlüssellloch mit der Zigarre zu finden." — „Zigarre," stammelte der verspätete Trunkenbold und starrte seinen Stummel an, „dann muß ich geradewegs meinen Hausschlüssel aufgeraucht haben."

*

Sie war ihrem Gatten während seiner langen Krankheit die treueste Pflegerin gewesen und keine Nacht von seinem Bett gewichen. Gerührt dankte ihr der Mann, als er wieder genesen war. „Marie, ich werde dir das nie vergessen. Deine Opferfreudigkeit und Güte ist wie mit goldenen Lettern in meinem Gedächtnis eingeschrieben. Warum tatest du das, du Gute?" Er machte verzückt eine Pause, in der Hoffnung, von seiner Frau das Geständnis zu hören, daß sie das alles nur aus großer Liebe zu ihm getan habe. Aber die Frau bereitete ihm eine große Enttäuschung, als sie ruhig antwortete: „Lieber Gott, John, wer heiratet denn heutzutage eine Witwe mit vier Kindern?"

*

„Höre endlich einmal auf!" rief ein vor seinem Laden stehender Schlächtermeister einem Jungen zu, der unaufhörlich pfiff. „Weshalb pfeifst du denn, du Bimmel?" — — „Ja, glaubst du etwa, daß ich ihn genommen habe?" schimpfte — „Ja, glaubst du etwa, daß ich ihn genommen habe?" schimpfte der Schlächter weiter. — „Das weiß ich nicht," erwiderte der Junge. „Aber immer, wenn ich pfeife, bewegen sich die Würste im Schaufenster."

Unsere täglichen Beilagen!

Kunst · Wissenschaft · Leben

Vom Büchermarkt.

Blatt der Frau.

Der Hausarzt

Wandern und Reisen.

Arbeitende Jugend.

Sport und Spiel.

Rundfunk

Ein lebendig sprechendes Beispiel für die Entwickelung unserer Zeitung und ein Ansporn für alle Parteigenossen und Leser mit Redaktion und Verlag weiter am sichtbaren Aufbau der Zeitung zu arbeiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270127-14/fragment/page=0010